

# PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom  
Buchhandel, von der Post und

Berlin, den 4. Dezember 1918

direkt vom Verlage  
für 6.— Mk. vierteljährlich.

## Revolution der Börse.

Auch die Berliner Börse hat ihre Revolution gehabt. Zunächst im Persönlichen. All die Gegnerschaft und der manchmal bis zum Haß gesteigerte Gegensatz zwischen dem Kleinen und dem Großen, der dort unter dem alten Regime vielfach zurückgezwungen gewesen ist, hat sich in jener eruptiven Weise entladen, die bei besonderen Anlässen schon früher — z. B. bei den Kämpfen zwischen Maklern und Bankiers, zwischen Angestellten und Direktoren — sich ausgezeichnet hat. Die Reform des Börsenvorstandes, seine Durchdringung mit kleineren Börsenleuten und mit Bankangestellten, wird hier das praktische Ergebnis der unter dem Zeichen des Arbeiter- und Soldatenrates stehenden Epoche der letzten Wochen sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat an der Börse klingt allerdings wie ein Märchen. Denn der Rat der Arbeiter und Soldaten, eine Institution, die von Rußland zu uns verpflanzt ist, gilt als das Zeichen der extremsten sozialen Bewegung. Auf der anderen Seite hat die Börse uns lange als Inbegriff alles kapitalistischen, ja gewissermaßen als der kapitalistische Gottseibeius gegolten. Soziale Revolution und Börse sind Feuer und Wasser, Elemente, die nur getrennt auftreten können und in ihrem Zusammenfluß sich gegenseitig aufheben.

Ist es wirklich so? Daß die Börse eine im höchsten Maße kapitalistische Erscheinung ist, bedarf keiner Erörterung. Die Börse ist eine historische Kategorie des Marktes. Jene Kategorie, die die Messe ablöste an jenem Entwicklungs-

punkt, an dem der Schwerpunkt der europäischen Wirtschaft durch die Entdeckung des Seeweeges nach Ostindien von der Levante nach dem Weltmeerglitt, wo an die Stelle der Mittelmeerschiffahrt und der Karawanenzüge die gefahrvollere, aber einträglichere Ozeanschiffahrt trat. Erheblich größere Mengen von Waren als früher konnten mit einem Male den Märkten zugeführt werden. Waren, die fungibler zu verhandeln waren. Die Messe, zu der der Kaufmann die Ware selbst führen mußte, weil der Käufer sie besehen wollte, entwickelte sich allmählich zur Börse, auf der frei von der wirklichen Zufuhr, ohne Beschau der Waren und von Proben, gehandelt werden konnte.

Die Entwicklung der Wertpapierbörsen führte schließlich zu der Möglichkeit, im Verein mit der von Frankreich ausgehenden Tätigkeit der Gründerbanken die kapitalistische Befruchtung der Wirtschaft durch den Aktienhandel zu vertiefen. Erst dadurch, daß ein immer größer werdender Spekulationsmarkt sich entwickelte, konnte jede Neugründung und jede Kapitalserhöhung bestehender Unternehmungen auf schlanke Durchführung rechnen. Es gab mindestens theoretisch keine Unmöglichkeit für irgendeine Kapitalausführung mehr. Die Verbindung von Aktienwesen und Börse hatte die für unser Zeitalter so charakteristische Verbindung von Kredit und Produktion unlösbar verknüpft und ihr erst ihre vollen Auswirkungsmöglichkeiten gegeben. Nicht die paar reichen Leute, die sich bewußt

und mit großen Kapitalien an den aktiengesellschaftlichen Unternehmungen beteiligen und mit Bedacht diesen oder jenen Produktionszweig unterstützen konnten, haben den Großkapitalismus und die damit in Zusammenhang stehende außerordentliche Entwicklung der deutschen Industrie geschaffen, sondern all die vielen Namenlosen, die entweder auf den Börsen selbst oder durch ihre Vermittelung auf mehr oder weniger solider Basis in Aktien spekulierten. Das, was in den Fällen der Unsolidität das Unglück der einzelnen war, ist in seiner Gesamtheit für die Entwicklung des Ganzen förderlich gewesen. Ueber alle Hemmungen hinweg hat sich durch diese Vermittelung der Börse der heutige Zustand entwickelt.

Und insofern ist die Börse immer Dienerin der sozialen Revolution gewesen. Gegen das Wollen In der Mehrzahl wohl auch gegen das Wissen der Börsenleute Aber sie haben alle miteinander dazu beigetragen, jene Reife der kapitalistischen Entwicklung hervorzurufen, die überhaupt den Fall einer sozialen Revolutionsbewegung erst denkbar macht. Wenn es heute in Deutschland große Produktionszweige gibt, die auch den sehr Bedächtigen als sozialisierungsreif erscheinen, so wäre dieser Zustand ohne die Tätigkeit der Börse nie zu erreichen gewesen. Die heftigste Gegnerschaft hat deshalb auch die Börse bei denjenigen gehabt, die der großkapitalistischen Entwicklung an sich abhold waren. Also bei denjenigen, die den überwiegend agrarischen Zustand des Landes aus bestimmten Sonderinteressen oder aus Liebe zum Hergebrachten erhalten wollten. Oder bei denjenigen, die in erster Linie um die Erhaltung eines lebenskräftigen, produktiven Mittelstandes besorgt und deshalb Gegner jeder großkapitalistischen Entwicklung waren. Alle also, die ein Vorwärts fürchteten, scharten sich um das Banner der Börsengegner. Von ihnen wurden namentlich gegen die Börsenpolitik der Sozialdemokratie die heftigsten Vorwürfe erhoben.

Zur selben Zeit, als Paul Singer die mittelständlerische und antisemitische Politik, die nur eine ins judengegnerische abgewandelte, allgemeine Gegnerschaft gegen das Großkapital war, den „Sozialismus der dummen Kerle“ nannte, entstand auch das Wort, daß die Sozialdemokratie die Schutztruppe des internationalen Großkapitalismus sei. Dieses Wort war gar nicht

so falsch. Denn auf dem Wege sozialistischer Politik lag tatsächlich die Erhaltung einer lebensfähigen Börse. Im Gegensatz zu dem utopischen Sozialismus und seiner allermodernsten Fortführung, dem Bolschewismus, will der von Marx und Engels begründete wissenschaftliche Sozialismus nicht irgend etwas Neues willkürlich in die Welt hineinbauen, sondern für ihn ergibt sich als Endglied einer langen, von ihm gepflegten Entwicklungskette, das Hinübergleiten eines überreifen Kapitalismus in die sozialistische Wirtschaftsordnung. Die Pflege, die die Sozialdemokratie der kapitalistischen Wirtschaft angedeihen ließ, war also nicht auf irgendwelche Liebe zum Kapitalismus an sich zurückzuführen. Sie erklärte sich dadurch, daß nach den Lehren der Sozialdemokratie dem Sozialismus die Erbschaft des bis zu einem gewissen Grade gediehenen Kapitalismus sicher sei. Und in der Börse sah die Sozialdemokratie mit Recht dasjenige Organ des Kapitalismus, das dessen schnellste und reifste Entfaltung am meisten förderte. Daher die sozialdemokratische Taktik, die Börse nicht durch allzu hohe Steuern vollkommen erdroffeln zu lassen.

Heut erntet der Sozialismus die Frucht seiner Taktik. In den letzten Jahrzehnten haben in erster Linie durch die Entwicklung der Aktientechnik und die Verfeinerung des Börsenhandels die Kapitalien der industriellen Unternehmungen sich immer größer und fester zusammengeballt. Die Fusionen der industriellen Werke haben zugenommen. Und auf der anderen Seite haben die Aktienbanken in raffinierter Ausdehnung sowohl die Bankinstitute der Provinz als auch die Bankgeschäfte immer stärker durch Verschmelzungen und Beteiligungen an sich gezogen. Die dadurch bedingte Konzentration der Kapitalien hat es ermöglicht, daß von den einzelnen Bankinstituten immer größere Mittel für den Ausbau der großen Werke zur Verfügung gestellt werden konnten. Riesenunternehmungen wurden noch riesiger. Kleine Werkstätten wuchsen in märchenhaft schnellem Zeitmaß zu Weltetablissemments an. Die Größe der Unternehmungen, ihre mächtige Repräsentanz des Kapitalismus schuf in ihrem eigenen Schoße die stärkste antikapitalistische Gegenbewegung: Die Organisation der Arbeitermassen. Und endlich waren gerade die großen Unternehmungen die Führer auf dem Weg zu industrieller Ordnung, zu Konventionen, zu Kon-

tellen und zu Trusts. Hier überall ist der Boden bereitet, auf dem sozialisierungskreife Betriebe wachsen. Hier ist auch der Keim zum Weltkrieg erwachsen, der schließlich an seinem Ende die Welt zum Sozialismus befehlen wird.

Welche Rolle wird nun die Börse in der sozialisierten Welt zu spielen berufen sein? Es ist nicht ganz leicht zu sagen, weil von der Forderung der Sozialisierung natürlich alles abhängt. Wenn nach dem Spartakusrezept nationalisiert wird, dann wird die Börse vollkommen ausgeschaltet sein, denn der Staat, der alles selbst betreibt, alles selbst verwaltet und alles selbst verteilt, braucht keinen Markt. Der Sozialismus als marktlose Gesellschaft ist letzten Endes das Programm des Bolschewismus. Kein Markt für Ware, kein Markt mehr für Kredit. Die andere Form der Sozialisierung ist die, daß innerhalb der sozialisierten Gesellschaftsordnung nur bestimmte Unternehmerkreise sozialisiert werden, andere bis zu ihrer Reife frei bleiben, und daß selbst innerhalb der sozialisierten Unternehmung die private Initiative und möglichst der private Betrieb erhalten wird. Es würde sich bei einem derartigen Zustand mithin nicht um die Aufhebung des Marktes innerhalb der Gesellschaft handeln, sondern um die Ordnung des Marktes. Der Markt für Ware und der Markt für Kredit bleibt weiter erhalten. Ueberhaupt bleibt der privatkapitalistische Mechanismus im Prinzip unverändert. Er wird nur in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und im Interesse der Allgemeinheit geregelt und eingestellt.

Erhalten bliebe zunächst die Kreditorganisation der öffentlichen Institutionen zwischen den Vermögensbesitzern und den Kreditnehmern und zwischen Inland und Ausland. Es bliebe, wenn auch unter strengerer Einflußnahme der Reichsbank als bisher, insbesondere die Regelung der Zahlungsbilanz durch den Handel in den Devisen. Es bliebe aber endlich auch der Aktienmarkt. Denn das Risiko für den privatwirtschaftlich erhaltenen Betriebsapparat bleibt nach wie vor dem Betriebsinhaber, der gleichzeitig auch die Haftung für die Kredite übernimmt.

Rein äußerlich würde also bei der vorsichtig und sachverständig durchgeführten Sozialisierung am Wesen der Börse nicht viel verändert werden. Aber wenn nicht alles trägt, wird der innere Zustand — vielleicht nur für den erkennbar, der noch mit früheren Zeiten vergleichen kann —

wesentlich anders werden. Vermlicher, begrenzter, und wir können nur hoffen, daß in der inneren Beengtheit, die uns bleiben wird, die deutschen Börsen in ihrer Bedeutung nicht alles verlieren werden, was sie bisher im Weltgetriebe bedeuteten. Selbst wenn es uns gelingt, an großen Beschneidungen der Nominalkapitalien vorbeizukommen, so werden die Kurse sowohl in ihrer Höhe als auch in ihren Bewegungen sich in erheblich engeren Grenzen halten als bisher. Von Dividenden, wie sie auch kurz vor dem Kriege nicht zu den Seltenheiten gehörten, wird man später kaum noch sprechen. Das hohe Aktienagio wird vermutlich bald zu den Legenden der Vergangenheit gehören.

Eins scheint mir nur in all dem nicht Vor-auswählbaren ziemlich sicher festzustehen: Ueberall sonst soll die Revolution dem Kleinen wirtschaftliche Befreiung bringen. An der Börse wird sie das wahrscheinlich nicht. Der kleine Makler und der kleine Bankier, sie haben in den Revolutions-tagen mit Genugtuung gesehen, wie die verschüchternen Großen sich vor ihrer Opposition zurückziehen mußten. Die Kleinen und die Angestellten haben das Recht erwirkt, im Börsenrat mitzuthronen, wo bisher der Kommerzienrat und das Millionenvermögen die Regel war. Aber gerade das, was die Revolution, wie wir alle hoffen, den bisher sozial Unterdrückten schenken wird, die wirtschaftliche Besserstellung, die wird der kleine Börsenmann nicht erringen. Er kann sie nicht erringen, denn er ist kein Angestellter, sondern ein Selbständiger innerhalb eines Mechanismus, der großkapitalistisch der Technik nach bleibt. Als Staatsbürger wird er mächtiger als bisher, als Steuerzahler geschonter als bisher sein, aber innerhalb seines Betriebes bleibt er ein Rad. Die große Kapitalvereinigung wird ihn genau so wie bisher beherrschen. Und es kann ihm, im Grunde genommen, herzlich gleichgültig sein, ob dieses große Kapital früher allmächtig von den Bankdirektoren beherrscht war oder ob es nun in Zukunft von den gleichen Direktoren nur verwaltet, beherrscht dagegen von der organisierten Gesellschaft sein wird.

Anderes steht die Sache mit den Angestellten der Banken und der Bankiers. Ihr Zukunftsverhältnis zu den Unternehmungen soll demnächst in einem Aufsatz ausführlich behandelt werden.

# Deutsche Finanzreform.

XVII\*).

Die vorherigen Ausführungen über die Vermögensabgabe hatten eine Durchführung der Steuer zur Voraussetzung, bei der außer den physischen auch die nichtphysischen Personen, also die Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eventuell auch die Genossenschaften, soweit sie besonderes Vermögen aufweisen, zur Steuer herangezogen würden.

Eine Vermögensabgabe in wesentlicher Höhe, auch soweit sie nur die Reserven beträfe, würde die Produktivität aller in aktiengesellschaftlicher Form betriebenen Unternehmungen wesentlich herabdrücken, und auf die gesamte Wirtschaft hemmend einwirken. Aber in viel stärkerem Maße zeigt sich das noch bei der Erhebung der Vermögensabgabe bei physischen Personen. Wie ich oben gezeigt habe, wird man bei der technischen Durchführung einer solchen Abgabe ganz verschieden zu verfahren haben; je nachdem es sich um mobiles oder immobilis Vermögen, und je nachdem es sich innerhalb des immobilis Vermögen um landwirtschaftliche und städtische Grundstücke handelt. Die Wirkung der Abtragung oder der hypothekariischen Eintragung bei landwirtschaftlichem Grundbesitz ist nicht allzu erheblich. Wenn man von den geringen Stellen der Erweiterung neuen Besitzes absieht, ist die Fläche des landwirtschaftlich brauchbaren Bodens unveränderbar. Hier tritt die große Vermögensvermehrung, die während der letzten Jahrzehnte und noch während des Krieges eingetreten ist, wesentlich in der Preis- und Wertsteigerung hervor. Die Vermögensvermehrung steht hier vielfach nur auf dem Papier. Und unter dem Einfluß des niedrigen Hypothekenzinsfußes, der noch bis kurz vor dem Kriege zu beobachten war, stieg der Wert des landwirtschaftlichen Besitzes sogar um wesentliche Steigerung der Rente. Wenn hier jetzt in der Form der Vermögensabgabe eine größere Menge Besitz fortgenommen und für Bauernsiedelungen verwandt wird, so ist das volkswirtschaftlich sogar günstig, indem zwar auf der einen Seite die Einkommen des Großbesitzes reduziert, auf der anderen Seite aber neue Einkommen geschaffen werden.

Und dadurch, daß auf diese Weise die Großgrundbesitzer veranlaßt werden, noch rationeller als bisher zu wirtschaften und auf der anderen Seite die Nichtbesitzer durch genossenschaftliche Maschinenlieferung und genossenschaftliches Zusammenarbeiten erhebliche Einkommen erzielen können, ist es gar nicht ausgeschlossen, daß vielleicht die gesamten Einkommen, die aus derselben Bodenmenge fließen, größer werden als bisher.

\*) Siehe Plutus, Seite 79, 93, 103, 129, 143, 155, 169, 182, 199, 211, 224, 256, 273, 291, 306 und 320 ff.

Ganz anders verhält es sich bei der Abgabe von mobilen Werten. Auch hier tritt zwar manchmal die Vermögensvermehrung durch die Erhöhung der bereits vorhandenen Wertobjekte ein; aber die Regel ist doch, daß das neugeschaffene Vermögen in neuen Anlagen in Erscheinung tritt. Die kapitalistische Weiterentwicklung der Volkswirtschaft beruht zum allerwesentlichsten Teil darauf, daß die Gewinne aus kaufmännischen und Handelsgeschäften und die Zinsanlagen aus den großen Vermögen in irgendeiner Form neu zu Kapital werden, soweit sie über den Verbrauch der Vermögen(inhaber) hinausgehen. Der Rentner und der Bankier legt die überschüssenden Gelder in neuen Hypotheken, in neugebauten Häusern, in neuen Obligationen und neuen Aktien an. Der Kaufmann erweitert seine Kredithergabe und der Fabrikant mit dem nicht verbrauchten Gewinnanteil seine Fabriken, indem er in Form von Maschinen und Neubauten neues stehendes Kapital schafft. Wenn nun jetzt ein sehr erheblicher Teil dieser Vermögen dem Besitzer fortgenommen wird, so stockt der Zuwachs von Kapitalien, und damit die Möglichkeit jeglicher Ausdehnung der Industrie und des Handelsgewerbes. Im selben Augenblick wird auch unsere Produktivität auf das schwerste getroffen.

Ich muß hier zur Erläuterung auf meine früheren Ausführungen darüber verweisen, daß die Produktivität der Kapitalien volkswirtschaftlich durchaus nicht nur eine technische, sondern in den meisten Fällen auch eine kapitalistische Produktivität ist. Denn die Neuanschaffung von Maschinen, vor allem aber die Ausbreitung neuer Verfahren, und ebenso die schnelle Umgestaltung bei neuen kostspieligen Produktionsmethoden erfordert die unbehinderte Möglichkeit der Beschaffung von Mitteln. Wie ich eben schon zeigte, liegt ein Teil jener Kraft, die die deutsche Wirtschaft vor sich gebracht hat, in den stillen Reserven unserer Aktiengesellschaften. Wenn es galt, ein kostspieliges Experiment zu machen, war es eine Leichtigkeit, die Mittel dazu aus den Reserven zu nehmen. Da ihre Maschinen ganz billig zu Buch standen, war es auch eine Leichtigkeit, wenn heute eine neue Maschine erfunden wurde, die die Produktivität ihres Gewerbes erheblich erhöhte, mit den bereiten Mitteln die neue Maschine anzuschaffen, selbst auf die Gefahr hin, die alten nur noch zum Eisenwerte loszuschlagen zu können. Das traf natürlich nicht nur auf die Aktiengesellschaften, sondern auch auf die gutgeführten Privatunternehmungen zu; denn auch der Privatunternehmer, der sein Geschäft unter demselben Gesichtspunkte verwaltet, konnte aus seinem Vermögenszuwachs alles bestreiten, was zur Verbesserung und Verfeinerung seines Betriebes diente. Selbst wenn er über keine großen stillen Reserven verfügte, so konnte er bei guter Führung

seines Betriebes sich seine Betriebsmittel durch Kredit verschaffen. Am leichtesten war natürlich die Schaffung von Mitteln zu solchem Zwecke bei den Aktiengesellschaften; sie erhöhten bei Bedarf ihrer Kapitalien. Der Anlagemarkt hatte eine ganze Anzahl von Milliarden Mark disponibel — die Berechnung lautete vor dem Kriege auf 12 Milliarden  $\mathcal{M}$  im Jahr. — Selbst wenn in manchen Jahren die deutsche Wirtschaft etwas mehr brauchte, so waren die Banken leicht in der Lage, auf die Zukunft Vorschüsse zu gewähren, indem sie aus den Riesensummen von Geldern, die ihnen im Jahre zufließen, einen Teil der Liquiditäten, die von ihnen in absehbarer Zeit nicht zurückverlangt werden würden, für feste Anlagen abzweigten. Dieses Verfahren der Banken, das vielfach zu ernststen Beanstandungen Anlaß gab, war um die Jahrhundertwende und noch einige Jahre später, vollkommen üblich.

Diese dauernde Vermehrung der festen Anlagen in Deutschland hatte Nachteile zur Folge. Aber im großen und ganzen wurde dadurch doch ein ungeheurer großer Nutzen geschaffen; denn durch Ausdehnung des Bankkredits und durch die Anlegerei von Vermögen in neuen Aktien wurde ein Zustand geschaffen, der in der deutschen Industrie half, den ausländischen Absatz dauernd zu erweitern. Auf diese Weise bot die Industrie in reichhaltigem Maße dem Zuwachs an Menschen in Deutschland eine Arbeitsgelegenheit und erhöhte gleichzeitig die Bestrebungen der Sozialpolitik,

deren Segnungen sich die deutsche Arbeiterschaft schon vor dem Kriege erfreuen durfte.

Es ist klar, daß in dem Augenblick, wo wichtige Vermögensteile aus- oder wegradiert werden, die Situation erheblich verändert wird. Nach dem, was ich soeben ausführte, kann man auch nicht den früher oft gehörten Einwand aufrechterhalten, es sei eigentlich ganz gleichgültig, ob beispielsweise die Aktie des Harpener Bergwerks, die bis dahin Herrn Schulze gehörte, durch die Vermögensabgabe von diesem Herrn Schulze aus Reich übergänge; denn der Stand der Harpener Gesellschaft an und für sich sei dadurch doch nicht betroffen. Das ist richtig, aber man stelle sich einmal vor, daß morgen die Harpener Aktien-Gesellschaft ihr Kapital erhöhen will, dann fehlen eben aus der Vermehrung der Vermögen diejenigen Kapitalien, die bisher stets vorhanden waren, um die Kapitalserhöhungen zu decken. Man nehme einmal an, daß das gesamte private Vermögen, das vor dem Kriege vorhanden war, 250 Milliarden  $\mathcal{M}$  betragen haben sollte, und daß etwa 10 Milliarden  $\mathcal{M}$  als Vermehrung diesem Vermögen im Jahr zufließen: Wenn jetzt rund 60 Milliarden  $\mathcal{M}$  davon weggenommen würden, so würde ganz automatisch der über den Verbrauch hinausbleibende Zuwachs sich sicher um 5 Milliarden  $\mathcal{M}$  reduzieren.

Es wird mithin der Zufluß neuer Kapitalien zum Anlagemarkt ganz erheblich eingeschränkt.

G. B.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

## Deutscher Bank-Kalender 1918 (III. Quartal).

Von Dr. Josef Loewe.

- |   |  |
|---|--|
| <p>1. Juli. Bankier Jakob Goldschmidt, Teilhaber der Firma Schwarz, Goldschmidt &amp; Co., wird Vorstandsmitglied der Nationalbank für Deutschland, die an Stelle der bisherigen Kommanditisten obiger Firma tritt.</p> <p>1. „ Die Firmen Boehm &amp; Reichenham und Joseph Boehm, Berlin, nehmen eine Fusion in Aussicht.</p> <p>1. „ Direktor Alfred Schäfer aus Magdeburg tritt in den Vorstand des Bankvereins Göttingen N.-G.</p> <p>1. „ Dr. Köhler wird Direktor der Kriegskreditkasse für den deutschen Mittelstand e. G. m. b. H.</p> <p>1. „ Die Hypothekenschuldbank für Schlesien wird begründet.</p> <p>1. „ Die Direktoren Richard Carstanjen und Hermann Hennenbruch werden Vorstand der Deutschen Schiffskreditbank, Duisburg.</p> <p>1. „ Direktor Max Najork wird Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinsbank, Frankfurt a. M.</p> | <p>1. „ Oberfinanzrat Bödefler wird Vorstandsmitglied, Direktor Muckenbecher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Oldenburgischen Landesbank.</p> <p>2. „ Bankier Willi Loewe scheidet aus der Firma Dingel &amp; Co., Magdeburg, und tritt in den Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Privatbank.</p> <p>2. „ Der Bankverein Göttingen zieht die Kommanditbeteiligung bei der Firma H. F. Klettwig &amp; Reibstein in Göttingen zurück.</p> <p>3. „ Geh. Rat v. Klizing scheidet aus dem Vorstand der Darmstädter Bank; Karl Goken wird Abteilungsdirektor; Kurt Kästner kommt von der Nationalbank für Deutschland wieder zurück und tritt in die Leitung der Leipziger Filiale; neue Filialen werden in Passau, Worms, Dortmund errichtet.</p> <p>4. „ Bei der Friedrichsberger Bank wird ein Zwangsvergleich geschlossen.</p> <p>4. „ Die Verbands-Treuhand G. m. b.</p> |
|---|--|

- H., Berlin, wird begründet; Direktor ist Dr. Bruno Birnbaum.
5. „ Die Bayerische Vereinsbank errichtet eine Filiale in Rosenheim.
6. „ Bankier Michael Bod wird Komplementar der Firma Lesser, Nathan & Co., Berlin.
8. „ Der Förbiger Bankverein erhöht das Kapital um 0,29 Mill. *M.*
10. „ Die Thüringische Landesbank errichtet eine Filiale in Voegneck.
10. „ Bankier Edgar Brühl, Berlin, gestorben.
10. „ Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank übernimmt die Genossenschaftsbank Wiesbach e. G. m. b. H. als Filiale und beteiligt sich kommanditistisch an der Firma Nicolaus Stark in Abensberg.
10. „ Bankier Paul Heilig wird stellvertretender Direktor der Deutschen Hypothekenbank A. = G.
11. „ Bankier B. Steiniz, Berlin, gestorben.
15. „ Die Mitteldeutsche Privatbank errichtet eine Filiale in Greiz.
20. „ Die Disconto-Gesellschaft übernimmt in Halberstadt die 1874 gegründete Firma M. Helst, deren Inhaber Werner Helst stellvertretender Direktor bei ihr wird.
21. „ Die Darmstädter Bank übernimmt die 1872 gegründete Firma P. Weisenfeld in Nürnberg; in die Pforzheimer Filiale tritt als stellvertretender Direktor Bankier Rudolf Brand, Teilhaber der Firma Fuld & Co., Pforzheim.
22. „ Die Firma Adolph Holländer, Berlin, wird begründet.
28. „ Bankier Jaques Lewin wird alleiniger Inhaber der Firma Siegfried Jacoby & Co., Berlin.
31. „ Bankier Ernst Simon in Firma S. Kaufmann & Co., Berlin, gestorben.
31. „ Ein Konsortium unter Führung der Rheinischen Handelsgesellschaft m. b. H. erwirbt sämtliche Aktien der Lüttinghausener Bank und erhöht deren Kapital auf 0,5 Mill. *M.*
1. Aug. Bankassessor Pabst-Halberstadt wird zweiter Vorstandsbeamter der Reichsbankstelle Eisen.
1. „ Die Berlin-Brandenburgische Bauvereinsbank e. G. m. b. H. wird errichtet.
1. „ Direktor Wolf scheidet aus der Deutschen Bank.
1. „ Die Darmstädter Bank errichtet eine Filiale in Croßen a. O.
1. „ Die Bayerische Notenbank errichtet eine Agentur in Vilshofen.
1. „ Direktor Gustav Binz von der Elsässi-
- schen Bankgesellschaft, Strazburg, gestorben.
1. „ Die Essener Creditanstalt errichtet eine Filiale in Düsseldorf.
1. „ Die Riesaer Bank übernimmt den Spar- und Vorschußverein zu Ostrau.
1. „ Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein errichtet eine Filiale in M.-Gladbach.
1. „ Die Süddeutsche Discontogesellschaft eröffnet eine Filiale in Lörrach.
1. „ Die Vogtländische Creditanstalt eröffnet eine Filiale in Reichenbach i. V.
3. „ Die Deutsche Orientbank bereitet die Errichtung einer Filiale in Odessa vor.
3. „ Direktor Max Gandrian ist durch den Tod aus dem Vorstand der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank geschieden.
6. „ Die Mitteldeutsche Privatbank errichtet Filialen in Sieffurt, Kronach, Salzingen, Dermbach, Geisa, Kaltennordheim.
6. „ Die Oldenburgische Landesbank übernimmt den seit 40 Jahren bestehenden Rasteder Bankverein.
6. „ Die Commerz- u. Discontobank übernimmt den Bankverein Gelsenkirchen sowie die Firma Eugen Köhler & Co., Kommanditgesellschaft, Guben.
7. „ Die Thüringische Landesbank errichtet eine Filiale in Gräsenthal und übernimmt den Voegnecker Bankverein e. G. m. b. H.
10. „ An Stelle des verstorbenen Komplementars Bruno Herbst und des ausgetretenen Dr. Paul Wallich werden Dr. Gustav Sintenis und Dr. Otto Feibels Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft.
11. „ An Stelle von Ernst Hampke wird Direktor Max Uhde-Dresden Vorstandsmitglied der Allgemeinen Treuhand A. G.
13. „ Die Schwarzburgische Landesbank eröffnet eine Filiale in Greußen.
15. „ Die Darmstädter Bank übernimmt die Firma Max Geist in Nürnberg.
15. „ Die Bayerische Handelsbank errichtet eine Filiale in Dillingen und übernimmt die Bankfilialen A. Rees zu Dillingen und Höchstädt a. d. Donau.
21. „ Bankier Siegmund Carl Bechmann wird alleiniger Inhaber der Firma L. M. Bamberger, Berlin.
23. „ Die Stahl & Federer A. = G. errichtet eine Filiale in Freudenstadt (Schwarzwald) und übernimmt die Firmen Julius Fischli Saugau und Alfred Braitinger in Viberach sowie die Handwerksbank Speichingen A. = G.
27. „ Die Mitteldeutsche Privatbank eröffnet eine Filiale in Urtern, Kassenstellen in Probstzella, Lehesten, Lautenberg, und übernimmt die Firma Hermann Bacharach in Salzwedel.

27. „ Die Darmstädter Bank errichtet eine Filiale in Dortmund.
30. „ Unter Führung von August Thyssen plant ein deutsches Konsortium die Errichtung der Bank voor Handel om Scheepvaart in Rotterdam.
30. „ An Stelle von Detlof Carl v. Winterfeld werden Friedrich Droß und Dr. Hermann Kahlenberg Vorstand der Bank für Grundbesitz und Handel A. = G.
1. Sept. Die Preussische Staatsbank (Kgl. Seehandlung), durch eine Scheckfälschung geschädigt, erhält den veruntrenten Betrag von 0,6 Mill. *M.* bis auf eine ganz geringe Summe wieder zurück.
1. „ Geh. Finanzrat Pilger tritt ins Direktorium der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse.
1. „ Die Allgemeine Deutsche Creditanstalt übernimmt den Bitterfelder Bankverein G. m. b. H.
1. „ Die Hypothekenschuldbank für die Provinz Hannover wird begründet.
1. „ Die Deutsche Schiffahrtspfandbriefbank A. = G., Berlin, errichtet eine Filiale in Emden.
1. „ Stadtrat Dr. Licht-Schöneberg tritt in den Vorstand der Ostbank für Handel und Gewerbe und übernimmt die Leitung der Filiale Königsberg i. Pr.
1. „ Die Rheinische Creditbank bereitet die Errichtung einer Filiale in Mühlacker (Wtbg.) vor.
1. „ Die Firma Max Charles, Berlin, stellt die Zahlungen ein.
1. „ Die Firma J. Henry Schröder & Co., Hamburg, kommt unter Zwangsverwaltung.
4. „ Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank übernimmt die Firmen Hans Schild in Babenhausen, Philipp Deissler in Gundelfingen, Rudolf Raab in Tanhausen.
9. „ Die Deutsche Bank errichtet Filialen in Lüttich und Namur.
9. „ Die Darmstädter Bank errichtet eine Filiale in Pirmasens und übernimmt die Firma M. G. Herz & Sohn Komm. = Ges. in Braunschweig.
9. „ Die Bayerische Vereinsbank errichtet eine Filiale in Neustadt a. d. Aisch und übernimmt die Volksbank Kaufbeuren G. m. b. H.
10. „ Die Bayerische Diskonto- und Wechselbank A. = G. übernimmt die Bankgeschäfte Otto Hahn in Neustadt a. G., Königshofen, Münnerstadt, Stadtlauringen, Mellrichstadt, errichtet eine Depositenkasse in Maßbach und eine Filiale in Lichtenfels, übernimmt die Firmen Max Henning und Gustach Mayer in Eichstädt.
11. „ Die Waldeckische Landesbank in Pyrmont wird mit 0,3 Mill. *M.* Kapital von der Hannoverschen Bank, der Hildesheimer Bank und der Braunschweigischen Privatbank gegründet; Vorstand sind die Direktoren Hermann Lohrengel und Leo Rhée.
12. „ Die Coblenzer Bank erhöht das Kapital auf 1,8 Mill. *M.*
12. „ Die Darmstädter Bank errichtet an Stelle der liquidierenden Firma M. Gumbel-Kiefe zu Heilbronn a. N. eine Filiale.
17. „ Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank eröffnet eine Filiale in Rosenheim und übernimmt die Firma F. X. Hardt in Vilsbiburg und Josef Kastner und George Mayr in Wasserburg.
19. „ Die Thüringische Landesbank übernimmt den Spar- und Vorschußverein zu Lautenberg; für je nom. *M.* 300,— Geschäftsanteil werden *M.* 540,— gezahlt.
19. „ Bankier J. F. Schröder überträgt die Firma Franz Herm. Abbes & Co., Bremen, auf Bankier Georg Martens mit sämtlichen Aktiven und Passiven.
19. „ Die Darmstädter Bank übernimmt die seit 1894 bestehende Firma L. Lehmann in Schweinfurt.
20. „ Die Bayerische Handelsbank übernimmt die seit 40 Jahren bestehende Firma A. H. Meher in Treuchtlingen und errichtet Filialen in Obergünzburg, Ebersberg, Berchtesgaden, Ottobeuren, Tanhausen, Nabburg, Marktobendorf, Lindenberg im Allgäu.
20. „ Die Elzer Bank A. = G. erhöht das Kapital um 150 000 *M.* auf 1/4 Million *M.*
21. „ Die Essener Credit-Anstalt übernimmt die Weseler Bank.
23. „ Der Barmer Bankverein Hinzberg, Fischer & Comp. übernimmt die Norder Bank zu Norden, Aurich, Leer, Norderney.
24. „ Die Disconto-Gesellschaft errichtet Filialen in Lübeck und Staßburg i. Elb.
24. „ An Stelle von Direktor Max Schmidt wurde Otto Neugebauer Vorstand der Berliner Baubank A. = G.
24. „ Die Commerz- u. Disconto-Bank übernimmt die Mülheimer Bank; auf 9 Mülheimer Aktien werden 8 Commerzbank-Aktien gegeben; in Essen und Dortmund werden Filialen errichtet.
26. „ Die Privatbank zu Gotha errichtet eine Geschäftsstelle in Schlotheim.
29. „ Die Bayerische Notenbank errichtet Agenturen in Arnstein, Brückenau, Hammelberg und Waldsassen.
29. „ Die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank übernimmt die Firmen Ludwig Meggendorfer in Bad Nibbing und Burkhard & Kieder in Traunstein.

# Revue der Presse.

Wie unter dem Zeichen des Bolschewismus die Wohlfahrt der Arbeiter gefördert wird, beweist u. a. eine in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (14. November) veröffentlichte Notiz der „Jewernaja Kommuna“, in der ein erheblicher

## Rückgang der Petersburger Industrie

zugegeben werden muß. Nach Angabe des Arbeitskommissariats hat sich die Zahl der Arbeiter seit dem 1. Januar von 331 300 auf 99 400 vermindert, ein aufsehenerregendes Resultat, das seine Erklärung teils in der Schließung der Fabriken, teils in der Herabsetzung des Arbeiterpersonals findet. Es sind u. a. in dieser Zeit 44 Fabriken mit 81 200 Arbeitern geschlossen worden, und es steht fest, daß fast die Hälfte der Metall- und der chemischen Unternehmen ausgeschieden ist. Solche volkswirtschaftlichen „Reformen“ geben genug zu denken. — Man sucht aber in Rußland auch nach anderer Richtung zu reformieren. So berichtet die „Frankfurter Zeitung“ (17. November) von einem jetzt bestimmt auftretenden Plan, ein

## Versicherungsmonopol in Rußland

in die Wege zu leiten; denn eine dazu beordnete Kommission hat den Beschluß gefaßt, die privaten Versicherungsgesellschaften zu liquidieren und eine Monopolisierung des gesamten Versicherungswesens herbeizuführen. Dabei wurde die Frage einer obligatorischen Versicherung bereits erwogen; die staatlichen Unternehmungen und Vermögensobjekte sollen allerdings unverversichert bleiben. — In England ist, wie „Der Welthandel“ (15. November) mitteilt, ein seit Jahresfrist von Sir Mandleberg in Manchester verfolgter Plan, eine

## Ausfuhrorganisation englischer Fabrikanten

zu gründen, verwirklicht worden. Dem „Manchester Guardian“ zufolge wird die neue Organisation allen britischen Fabrikanten und Erzeugern offenstehen, die neue Auslandsmärkte oder eine stärkere Bearbeitung der bestehenden wünschen. Sie wird kein Kapital haben und demnach keine Gewinne verteilen, sondern ihre Einnahmen vollständig der Ausdehnung des Handels zugute kommen lassen. Der Plan beruht auf den Lehren der Erfahrung. Mittels eines Jahresbeitrages von je 100 bis 200 Pf. Sterl. kann eine Fabrikanten- und Erzeugervereinigung bei 1000 Mitgliedern Vertreter allerersten Ranges gewinnen. Die Spitze der überseeischen Vertretung sollen sogenannte Agents-in-Charge bilden, die, ohne Verkaufsagenten zu sein, die Interessen aller Mitglieder an ihrem Platz wahrzunehmen haben. Sie müssen notwendigerweise Engländer sein, geschäftliche Erfahrung besitzen und durch früheren Aufenthalt die betreffende Sprache und die lokalen Handelsgebräuche kennen. Sie werden Verkaufsagenten nach Wunsch für einzelne Firmen oder Gruppen einsetzen. Ein Zentralbureau in England wird die Verbindung zwischen Agent-in-Charge und Mitgliedern herstellen. Ferner werden Bureaus in

den wichtigsten heimischen Produktionszentren eingerichtet werden. Durch die aufgezählten Einrichtungen sollen die Industriellen in die Möglichkeit versetzt werden, ihre Fabrikmarken bekanntzumachen und einzuführen und — was ihnen unter den bisherigen Verhältnissen vielfach nicht erreichbar war — weitere Aufträge zu erhalten, wo ihre Waren einmal annehmbar befunden worden sind. — Ueber den Stand der

## Farbstoffindustrie in den Vereinigten Staaten

berichtet nach dem New Yorker „Journal of Commerce“ der „Berliner Börsen-Courier“ (27. November), daß ein bekannter Farbenchemiker da selbst gelegentlich der Chemischen Ausstellung in New York von einer Entmutigung spricht, man sollte nicht zu optimistisch sein und glauben, daß Amerika jetzt und in Zukunft ohne Deutschland werde auskommen können. Die Ausstellung zeige nur wenige neue Farben; und es scheine, als ob die Farbenindustrie nach kurzem Enthusiasmus bereits wieder zum Stillstand gekommen sei. Lichtechte und brillante Farbstoffe (blau, violett und grün) seien trotz aller dringenden Benötigung noch unerfüllte Versprechungen. — Hingegen spricht die „Schweizer Export-Revue“ (15. November, im „Welthandel“) von einem starken

Umschwung der amerikanischen Spielzeugindustrie, was besonders bemerkenswert sei, da vor dem Kriege Deutschland unzweifelhaft als der bedeutendste Spielwarenfabrikant der Welt gegolten habe. Habe doch die Ausfuhr vor dem Kriege etwa 100 Mill. \$ betragen, und die Union habe z. B. 1911 für mehr als 29 Mill. \$ Spielzeug aus Deutschland eingeführt; auch England und Frankreich waren glänzende Abnehmer, das sei seit dem Kriege — auch ein wichtiges Moment — anders geworden; man habe sich selbständig machen können, und die Fabrikation von Schaufelspannen (in Windendon), Trommeln, Stockenspielen, Puppen und Spielkugeln, auch elektrischen und mechanischen Spielwaren sei bedeutend gestiegen. — Der Waffenstillstand hat es mit sich gebracht, daß Gerüchte von katastrophalen Preisstürzen kursierten. Wie nicht anders zu erwarten, tritt man ihnen in geschäftlichen Kreisen, die fürchten, ihre teuer eingekaufte Ware nicht mehr zu den üblichen „Höchstpreisen“ loszuwerden, energisch entgegen. So schreibt auch die „Textil-Woche“ (13. November) in einem Artikel über

## Frieden und Stoffnot,

daß alle Ansichten über eine Preisherabsetzung als irrtümlich bezeichnet werden müssen. Der Grund hierfür sei der außerordentlich große Mangel an Stoffen jeder Art (Fachleute versichern allerdings das Gegenteil!), dem erst nach Einfuhr von größeren Rohstoffmengen begegnet werden könne. Dazu kommen die Teuerung im Inlande selbst (Butter 27—30 \$ usw.), die hohen Arbeitslöhne und die gewaltige Nachfrage namentlich für Baumwollstoffe. Kurz und gut: Das

Resultat sei, daß für ziemlich lange Zeit (!) noch mit den hohen Preisen zu rechnen, ja daß sogar eine steigende Tendenz (!) zu erwarten sei. Warum auch nicht? Deshalb wurde ja der Krieg auch geführt. — Der Krieg hat auch die Rechtsverhältnisse bekanntlich auf den Kopf gestellt. Neuerdings sind, wie „Der Konfektionär“ (21. November) schreibt,

#### unberechtigte Annullationen

fest bestellter Waren sehr beliebt. So versendet z. B. ein großes norddeutsches Warenhaus an seine Lieferanten eine Karte mit folgendem Wortlaut: „Der Ordnung wegen teilen wir Ihnen hierdurch höflich mit, daß wir alle aus früheren Bestellungen herrührenden, etwa noch rückständigen Waren gestrichen haben. Wir bitten um Bestätigung und zeichnen Hochachtungsvoll N. N.“ Hierzu bemerkt „Der Konfektionär“ mit Recht: „Man sollte es wirklich nicht für möglich halten, daß eine Firma, die doch in ihrem geschäftlichen Verkehr ernst genommen sein will, ein derartiges Ansinnen an ihre Lieferanten stellt. Sie kann doch unmöglich selbst glauben, daß sie damit Erfolg haben wird. Treu und Glauben im Geschäftsverkehr würden schwerste Schädigung erleiden, wenn solche Handlungsweise weiter um sich greifen würde. Darauf gibt es natürlich nur eine Antwort: Allerhöchste Ablehnung!“ — Ein bedeutendes Urteil hat das Reichsgericht über die

#### Aufhebung von Lieferungsverträgen infolge des Krieges

gefällt. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (18. November) zufolge spricht der höchste Gerichtshof die Maximen deutlich aus, daß alle vor dem Kriege geschlossenen oder während des Krieges verlängerten Lieferungsverträge bezüglich der überseeischen Waren infolge der nicht vorausgesehenen Dauer und Ausdehnung des Weltkrieges prinzipiell aufgehoben gelten müssen. Eine Ausnahme soll nur dann in Betracht kommen, wenn dem Parteilichen entsprechend die vereinbarte Leistung nach dem Kriege unter allen Umständen erfolgen solle.

## Omschau.

Albert Ballin †

Herr Paul Rud. Singer,  
Hamburg, schreibt mir:

Am 9. November ist Albert Ballin, der weltbekannte Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie um 1 Uhr mittags einem Herzschlage erlegen. Die Kräfte, die Ballins Grösse ausgemacht haben, lassen sich heute noch nicht bis zum tiefsten Grunde blosslegen; denn das Geheimnis des Genies ist nie leicht auf eine Formel zu bringen. Ballin aber war ein genialer Mensch. Seine Hand war es, die mit der Hamburg-Amerika-Linie einen der gewaltigsten deutschen Wirtschaftskörper geformt und darüber hinaus die bis zum Kriege anerkannte Weltstellung der deutschen Handelsschifffahrt begründet und ausgebaut hat. In dem Ende dieses bedeutenden Mannes liegt eine tiefe Tragik. Er sah die wiedererwachenden Hoffnungen, mit denen er nach einer Zeit tiefer Verbitterung in die Zukunft schaute, abbröckeln. Die schweren Tage der revolutionären

Umwälzungen in Hamburg, die an seinem ureigensten Werk, der Hamburg-Amerika-Linie, nicht spurlos vorbeigingen, haben seine Kraft vollständig geknickt. — Albert Ballin ist aus kleinen Anfängen gross geworden, wie fast alle grossen hamburgischen Kaufleute. Er wurde am 15. August 1857 als Sohn eines kleinen, jüdischen Auswanderungsagenten in Hamburg geboren. Als Auswanderungsagent der englischen Carr-Linie verstand er es so vortrefflich, die Heranholung der Auswanderer aus Galizien, Polen und Ungarn mit einem Netz von gerissenen Agenten in diesen Ländern zu organisieren, dass das Auswanderungsgeschäft der Carr-Linie einen geradezu sprunghaften Aufschwung nahm, während dasjenige der Hamburg-Amerika-Linie stark litt. Letztere erwarb 1886 die Carr-Linie und gewann zugleich den Leiter des Auswanderungsgeschäfts Albert Ballin für sich. Mit ihm kam nun ein neuer Geist in das konservativ gewordene, vielfach auch schon Zeichen von Rückständigkeit zeigende Unternehmen. Geschicklichkeit, energisches Zugreifen, werden Ballin schon damals nachgerühmt. Schritt für Schritt errang er sich nun in dem neuen Unternehmen die Führerschaft und verstand es, sich mit einer Schar tüchtiger Mitarbeiter zu umgeben. Die Hamburger Kaufleute, die bisher die Geschäfte geleitet hatten, liessen sich von ihm zu immer grösseren Unternehmungen mitreissen. Als die Aera Ballin begann, betrug das Aktienkapital der Packetfahrt 15 Mill. Mark, die Gesellschaft nannte 26 Ozeandampfer mit 60 531 Br.-Reg.-T. ihr eigen, mit denen sie fünf regelmässige Linien unterhielt. Das Wachstum der Ballin'schen Organisation kann man in Tonnen ausdrücken: Bei seinem Eintritt in die Hapag war die Gesamttonnage der Flotte, wie bereits oben erwähnt, 60 000 Br.-Reg.-T., im Jahre 1914 betrug sie 1 360 000 Tonnen. Der Dampfer „Vaterland“ allein ist 54 000 Tonnen gross, umfasst beinahe soviel Raum wie die ganze Flotte um 1886. Aber bedeutsamer und wertvoller ist die gewaltige Steigerung der Zahl der unter seiner Führung Schaffenden. Vor Ausbruch des Krieges beschäftigte die Hamburg-Amerika-Linie nicht weniger als 16 600 seemänische Angestellte, 9000 Beamte und Arbeiter und 6500 Passage- und Frachtagenten. Ballin erwies sich als ein durchaus nicht nur kaufmännisch geschulter kühler Kopf, vielmehr lebte in ihm eine kühne, vorwärtsdrängende Tatkraft und eine hohe schöpferische Phantasie, das Kennzeichen auch des wirtschaftlichen Genies. Manchmal schien es, wenn Ballin mit seinen weittragenden Plänen hervortrat, als ob er die Entwicklungsfähigkeit des deutschen Aussenhandels überschätze; aber die Tatsachen haben fast durchweg seinen Kritikern unrecht gegeben. Es gab keine Neuerung auf dem Gebiete der Schiffsbautechnik, keinen neuen Gesichtspunkt und Ideen im Weltverkehr und Welthandel, die Albert Ballin nicht praktisch erprobte. Ballins Klugheit zeigte sich aber auch darin, dass er stets durch seine persönliche Liebenswürdigkeit und Intelligenz verstand, gute Beziehungen zwischen den damals verantwortlichen Stellen des Reiches und seiner Reederei anzuknüpfen. Daraus ist auch die manchen seltsam anmutende Freundschaft zwischen Wilhelm II. und dem „Juden Ballin“ zu erklären. Der wichtigste Schlüssel aber zu Ballins Erfolgen liegt in seiner zu hoher Entwicklung gebrachten Kunst, die deutsche Schifffahrt zu organisieren mit dem Endziel, aus den deutschen

Reedereien eine Phalanx zu bilden gegen die Konkurrenz und Missgunst ausländischer Reedereien. Zunächst verstand Ballin es, die hamburgischen Reedereien zu gemeinsamem Wirken zu gewinnen, wobei er sich bereits als Unterhändler und Diplomat von hoher Begabung erwies. In geschickter Weise grenzte die Leitung der Packetfahrt die Betätigungsgebiete der einzelnen Reedereien untereinander ab. Dann gelang es nach mancherlei Kämpfen und Schwierigkeiten, die Beziehungen zu Bremen freundschaftlich zu regeln, und schliesslich erreichte er es mit weitschauender Politik, gemeinsam mit dem Norddeutschen Lloyd in ein freundschaftliches Vertragsverhältnis zu den auswärtigen Grossschiffartsunternehmungen zu treten. In der transozeanischen Grossschiffahrt waren nämlich nach und nach derartig grosse Kapitalien und Kräfte wirksam geworden, dass ihr unbeschränkter Konkurrenzkampf allmählich alle Teile verderben musste. Ballin sah ein, dass solche Kämpfe nur durch feste Abmachungen vermieden werden könnten, durch die Beförderungspreise, Arbeitsgebiete und Gewinne geregelt wurden. Aber Ballin scheute auch nicht vor dem Kampf zurück. Um seine Ziele zu erreichen, kreuze er oft genug seine scharf geschliffenen Waffen in schweren Tarifikämpfen und hat diese erfolgreich mit den englischen Linien durchgefochten. Es fehlte ihm auch nicht an Rücksichtslosigkeit, wenn sich ihm Outsider auch im eigenen Lande entgegenstellten, und manchen Gegner hat er mit einer Kraft, die manchmal als Brutalität bezeichnet wurde, zu einem bedingungslosen Strecken der Waffen gezwungen. Schliesslich gelang es ihm, auch den Widerstand der englischen Reedereien, namentlich der Cunard-Line, zu beseitigen. Bei all diesen Schiffahrtskämpfen wurde auch von den Gegnern Ballins anerkannt, dass er mit ausserordentlichem Scharfblick und mit bewunderungswürdiger Energie die Politik der Schiffahrt geföhrt und die Verhandlungen in durchaus fairer und konzilianter Form geleitet hatte. Gegner entstanden ihm auf seiten eines Teiles der alldutschen Presse, die seinen Rücktritt weissagte, und die ihn auch durch die Aufnahme der im Jahre 1901 aufgetauchten Idee der Verstaatlichung der deutschen Schiffahrtsgesellschaften um seine persönliche Machtstellung zu bringen versuchte. Aber Ballin wandte sich ebenso wie gegen jede staatliche Subvention seiner Linie mit ebenso klugen wie energischen Worten gegen die Verstaatlichung, und er behielt mit seiner Ansicht die Oberhand. Ballins beweglicher Geist erasste schnell jede neue geschäftliche Möglichkeit und dann schritt er sofort tatkräftig zu ihrer Ausbeutung. In seiner Arbeitskraft schien er trotz aller Schwierigkeiten und Schicksalsschläge, trotz aller wirtschaftlichen Krisen stets unverbraucht und seinen Mitarbeitern ein Vorbild. Als der Weltkrieg entbrannte, erkannte Ballin sofort, dass die Hapag so schwer getroffen würde wie keine andere Grossreederei, gerade weil sie die weltumspannendste mit ihren 60 Linien war. Vergebens suchte er, der weitschauende Politiker, dem Unheil zu steuern. Er reiste selber nach England, um mit den Ministern, seinen persönlichen Einfluss geltend machend, eine Verständigung herbeizuföhren. Auch in Berlin machte er keinen Hehl daraus, dass der drohende Krieg uns wirtschaftlich eine Katastrophe bringen müsste. Aber es war zu spät. Als Ballin nun sah, dass das Verhängnis nicht

mehr abzuwenden war, da zögerte er doch keinen Augenblick, seine Organisation (Grundlage für die Z.-E.-G.) in den Dienst des deutschen Vaterlandes zu stellen. Jedoch bekämpfte er dann energisch die Berliner Richtung mit ihrem bürokratischen Formalismus und der Zwangswirtschaft, durch die alle persönliche Initiative der freien Wirtschaft, insbesondere des freien Handels ausgeschaltet wurde. Eine Zeitlang zog sich Ballin verbittert zurück, und als am 15. August 1917 sein 60. Geburtstag vor der Tür stand, schrieb er: „Es scheint mir so ausserordentlich inoportun, dass man einem auf den Trümmern seines Lebenswerkes Sitzenden durch Gratulationen das Leben noch mehr erschweren möchte.“ Schon damals, als die breitesten Kreise unseres Volkes noch auf einen günstigen Ausgang des Krieges rechneten, sah er sein Lebenswerk als zertrümmert an. Dann aber raffte er sich zu Anfang des Jahres 1918 noch einmal auf. Auf seine Initiative ist die Einladung der Reichstagsabgeordneten nach Hamburg zurückzuführen, die auf diese Weise mit den Nöten Hamburgs im Kriege und mit den Notwendigkeiten für die Uebergangswirtschaft eine Befreiung von der Berliner Zwangswirtschaft zu erreichen, bekannt gemacht wurden. So stand er zuletzt in Opposition gegen die frühere Regierung. — Aber daneben traf Ballin auch alle Vorbereitungen für seine eigene Gesellschaft, der seine ganze Arbeitskraft und seine ganze Leidenschaft gewidmet war, für die Friedenswirtschaft. Er sehnte sich nach der Wirksamkeit und neuer angespannter Tätigkeit in der Zukunft und rüstete für die gewiss nicht leichten kommenden Aufgaben. Er liess auch die Hamburg-Amerika-Linie als eigene Unternehmerin im Seeschiffsbau auftreten, indem sie gemeinschaftlich mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft die Hamburger Werft-Akt.-Ges. zum Bau von Serienfrachtdampfern gründete und sich an einer von der A.E.G. und dem Hanielkonzern an der Elbe zu errichtenden neuen Motorschiffwerft beteiligen liess, die eine der grössten deutschen Seeschiffswerften zu werden verspricht. Ferner schuf Ballin eine Annäherung an unsere binnenländische Grossindustrie und bahnte noch engere Beziehungen zu unseren Grossbanken an. Damals gab er eine neue Grundlage für das Zusammenarbeiten hamburgischer und binnendeutscher Wirtschaftskreise. Hier zeigt sich der Wille für eine Neuorientierung unserer Grossschiffahrt, insbesondere für die Lösung der Kohlenfrage. Durch diese kluge Verständigung mit der Grossindustrie parallelisiert er aber gleichzeitig deren Bestreben, sich selbständig als Machtfaktor in das hamburgische Wirtschaftsleben, insbesondere in die Grossschiffahrt einzuschalten und gewann auch deren Beteiligung und Materiallieferung für die neuen grossen Seeschiffswerften, die dem Wiederaufbau unserer Handelsflotte dienen sollen. — An den bisher herrschenden Verhältnissen in der Regierung, insbesondere unserer zünftigen verpöpten Diplomatie lag es, dass ein eminent gescheiter und weitblickender Politiker und überaus geschickter Diplomat, als der sich Ballin erwiesen hatte, nicht berufen war, seine Erfahrungen und sein Können in den öffentlichen Dienst des Vaterlandes zu stellen. Gerade die neue Entwicklung hätte Männern, wie ihm, das richtige Wirksamkeitsfeld bieten können. Wenn man Ballins Persönlichkeit, wenn man den Menschen Ballin ergünden will, so

muss man erkennen, dass er ein durchaus warmherziger leidenschaftlich fühlender Mensch war. Mit dem Temperament einer Kämpfernatur verband er aber — und das war seine Stärke und Bedeutung — die Fähigkeit der nüchternen Erwägung. Ein kaufmännisch geschulter Kopf, ein warmes Herz, das war es, was ihn auszeichnete und ihm auch die erforderliche Begeisterung gab, um seine Gesellschaft der Entwicklung des deutschen Aussenhandels entsprechend kräftig vorwärtszudrängen. Der Verlust dieses genialen Kaufmannes trifft ganz Deutschland gerade in der jetzigen Zeit doppelt schwer, wo er berufen gewesen wäre, seine diplomatische Fähigkeit in den Dienst der wirtschaftlichen Verständigung der Völker nach dem Krieg zu stellen. Wenn auch zurzeit die Masse herrscht, so braucht das neue Deutschland doch gerade auf allen Gebieten Führer, die Persönlichkeiten sind, keine Bürokraten-seelen, keine Streber, sondern wirklich selbstschöpferische Männer, die organisieren können und das heute so schwer geprüfte Volk wieder besseren Tagen entgegenzuführen vermögen. Man hat Ballin nachgesagt, dass er den Angestellten seiner Gesellschaft gegenüber ein rücksichtsloser Autokrat gewesen sei; sicher ist, dass er von seinen Leuten wie von sich selbst das Letzte verlangte. Aber auch er hat im Kriege umgelernt, war milder, toleranter geworden. Sicher auch haben diejenigen Recht, die ihn einen typischen Vertreter des Imperialismus nennen, und doch hat er die Leiter unserer Aussenpolitik in richtiger Voraussicht energisch gewarnt und sie von ihren verkehrten Schritten abzuhalten versucht. Auch hat er seine Aeusserung „Heraus aus dem nassen Dreieck!“ bitter bereut. — Wir werden den Verdiensten Ballins um unsere bisherige wirtschaftliche Entwicklung einigermassen gerecht werden, wenn wir den Verstorbenen betrachten als einen der bedeutendsten Vorläufer eines rein wirtschaftlichen Zeitalters, das den blutigen Kriegen ein Ende zu machen bestimmt ist.

### Rheinisch-Westfälischer Kuxenmarkt.

Der Vorstand der Vereinigung der am Handel mit Kuxen und amtlich nicht notierten Werten beteiligten Bankgeschäfte Rheinlands und Westfalens E. V. schreibt: Ueber die Verhältnisse am rheinisch-westfälischen Kuxenmarkt sind in den letzten Wochen mehrfach Berichte in die Presse gelangt, die in teils einseitiger, teils unsachlicher Art Kritik an den Zuständen dieses Marktes üben und besonders an den in Rheinland und Westfalen ansässigen Banken und Bankgeschäften, die den Verkehr in Kuxen vermitteln. Es wird ihnen zum Vorwurf gemacht, dass sie bzw. die Börsen zu Essen und Düsseldorf bei den Rückgängen, die am Kuxenmarkt eingetreten wären, versagt, und dass sie ferner durch umfangreiche Kreditgewährungen und im weiteren Verlaufe durch überstürzte Zwangsverkäufe den Rückgang herbeigeführt hätten. Der Vorstand der Vereinigung hat sich selbstverständlich mit den Vorgängen am rheinisch-westfälischen Kuxenmarkt in den letzten Wochen wiederholt und eingehend befasst. Nach sorgfältiger Prüfung erklärt er, dass die Vorwürfe, die gegen den rheinisch-westfälischen Kuxenverkehr erhoben werden, unbegründet sind. Der Rückgang in Kuxen im allgemeinen und in Kaliwerten im besonderen beruht auf denselben Ursachen, auf die der Rück-

gang an allen Wertpapierbörsen zurückzuführen ist. Der plötzliche Umschwung in der Auffassung der militärischen und politischen Lage hat den Zusammenbruch des Kursstandes herbeigeführt. Die Rückgänge in Kuxen sind auch gar nicht erheblicher als in Aktien an den grossen Börsen. Zum Teil sind sie geringer. Für den Kursfall in Kaliwerten traten die Befürchtungen einer Abtretung Elsass-Lothringens und damit der Durchbrechung des deutschen Kalimonopols hinzu. Sie wirkten unter dem Eindruck der ungünstigen politischen Entwicklung besonders stark auf den Markt ein, und da die Käufer sich bei der unvermittelt eingetretenen Möglichkeit, die Kaliindustrie nach anderen Grundsätzen zu bewerten als bisher, zurückhielten, genügte zunächst die Aufnahmefähigkeit für das an einzelnen Tagen andrängende Angebot nicht. Jeder andere Markt würde unter den gleichen Voraussetzungen dieselben Erscheinungen gezeigt haben. Für die gesunde Lage des rheinisch-westfälischen Kuxenmarktes spricht jedenfalls, dass das Gleichgewicht an ihm sehr schnell wieder hergestellt wurde, während z. B. die Berliner Börse noch bis in die jüngsten Tage hinein den heftigsten Schwankungen und Zuckungen verfiel. Mit Genugthuung können wir darauf hinweisen, dass, von einigen Ausnahmen abgesehen, sämtliche Werte des Marktes, wenn auch unter Anpassung an die veränderten Verhältnisse, immer verkäuflich waren und regelmässig Geldnotierungen dafür festgestellt werden konnten. Auch da unterschied sich der heimische Markt vorteilhaft von anderen grossen Börsen, wo bekanntlich ein beträchtlicher Teil der Werte nicht nur tage-, sondern wochenlang unverkäuflich und dann nur mit erheblichen Kurseinbussen zu veräussern war, die prozentual grösser waren als die stärksten Rückgänge am rheinisch-westfälischen Kuxenmarkt. Geschäfte auf Kredit sind auch am Kuxenmarkt abgeschlossen worden, wobei es sich indes vielfach um die Fortführung eines vor Kriegsansbruch bestehenden Kreditverhältnisses gehandelt hat. Diese Geschäfte sind aber in Kuxen keineswegs in grösserem Umfange gemacht worden, als Geschäfte auf Kredit an anderen Börsen. Zwangsverkäufe haben am rheinisch-westfälischen Kuxenmarkt nur in sehr begrenztem Masse stattgefunden. Da nach den Essener und Düsseldorfer Börsengebräuchen solche Verkäufe öffentlich durch einen vereidigten Makler vorgenommen werden müssen, so lassen sie sich im einzelnen nachprüfen, damit aber auch ziffermässig die Unwahrheit der hierüber aufgestellten Behauptungen. In den Krisenwochen sind nach den Erklärungen der vereidigten Makler an der Essener Börse Werte für insgesamt M. 66 000, und an der Düsseldorfer Börse Werte für insgesamt M. 167 000 zwangsweise verkauft worden. Diese Summen sind in Anbetracht des bedeutenden Verkehrs am rheinisch-westfälischen Kuxenmarkt sehr gering, wobei noch in Betracht kommt, dass weit mehr als die Hälfte dieser Verkäufe für Berliner und mitteldeutsche Rechnung geschehen ist. Aber auch die freiwilligen Verkäufe haben nach unseren Beobachtungen keineswegs den Umfang angenommen, den man nach den Veröffentlichungen in der Presse vermuten konnte. Die willkürlichen Vorwürfe gegen die rheinisch-westfälischen Bankgeschäfte und den Versuch, das Ansehen der rheinisch-westfälischen Börsen und ihrer Mitglieder in der Öffentlichkeit herabzusetzen, müssen wir als unberechtigt und ungehörig zurückweisen.

## Gedanken über den Geldmarkt.

Die kurze Zeit des neuen Regimes hat hingereicht, um der Börse und der Bankwelt voll zum Bewusstsein zu bringen, dass für sie eine Art Schicksalswende hereingebrochen ist. Der Pessimismus und die nervöse Depression, die jetzt zentnerschwer auf der Börse lasten, haben ihre Ursache nicht nur in der Erkenntnis der unendlich traurigen Wirtschaftslage des politisch und militärisch zusammengebrochenen Deutschen Reiches, sondern auch darin, dass man sich klar geworden ist, dass selbst in dem günstigsten Falle des allmählichen Wiedereintritts völlig geordneter Verhältnisse und der Erhaltung der Reichseinheit der Börsenhandel in der neuen Wirtschaft nicht mehr die Rolle wird spielen können, die ihm aus der rein kapitalistischen Organisation der alten Wirtschaftsordnung organisch erwuchs. Rein äusserlich kommt die trübe Stimmung der Börse ja zur Genüge in den Börsenkursen zum Ausdruck. Die Leser des „Plutus“ wissen, wie in diesen Blättern und auch in den „Gedanken über den Geldmarkt“ im Sommer und im Herbst, während das Kursgebäude an der Börse zu immer phantastischeren Höhen aufgeführt wurde, gegen diesen zur Methode gewordenen Wahnsinn der unausgesetzten Kurstreiberei angekämpft wurde. Eine hysterische Flucht vor dem Bargeld hatte eingesetzt, alles drängte zu Anlagekäufen in Industrieeffekten, und jeder Kriegsgewinner, der früher vielleicht von Talg oder Buckskin, niemals aber von Börsendingen und wirtschaftlichen Zusammenhängen eine Ahnung gehabt hatte, bewies einem mit apodiktischer Sicherheit, dass die Kurse immer weiter steigen müssten, weil ja die Aktiven aller Gesellschaften bei der unausgesetzten Preissteigerung für alle Rohstoffe, Fabrikate, Materialien, Mobilien und Immobilien von Tag zu Tag höher zu bewerten seien. Weil ferner die Kriegsaufträge noch immer so gute Gewinne einbrächten und sich das alles natürlich in den Kursen „ausprägen müsse“. Eine Gedankenlosigkeit, die durch die vorhandene Knappheit an Effektenmaterial und auch durch das Einlullen des Volkes in einen unberechtigten, militärischen Optimismus begünstigt, den Erfolg verzeichnen konnte, dass das durchschnittliche Kursniveau sich an den Märkten für Dividendenpapiere allmählich auf ca. 300% stellte, und dass Kurse von 400% und darüber, die man früher als Ausnahmen und als „schwere Papiere“ ansah

bald gar nicht mehr selten waren. Notvaleurs stiegen ihm derselben Schnelligkeit wie Aktien gutfundierter Werke mit den besten Aussichten für die Friedenswirtschaft. Die Umwälzung im Reiche und die vorangegangenen militärischen und innen- und aussenpolitischen Vorgänge haben wahre Kursverwüstungen zur Folge gehabt. Das Börsen-Debacle ist gekommen und musste einen um so erschreckenderen Umfang annehmen, als die Hauptmassen der gehandelten Effekten im Besitz von ungeschulten Käuferkreisen waren, die ihre Werte nunmehr ebenso überstürzt und planlos auf den Markt warfen, wie sie sie ohne Verständnis und Ueberlegung erworben hatten. Man berechnet in Börsenkreisen die seit den höchsten im Herbst erreichten Kursen nunmehr eingetretene Entwertung des Effektenmaterials an den deutschen Märkten auf ca. 18 Milliarden Mark! Diese Zahl sagt mehr, als spaltenlange Kommentare es vermöchten. — Der nunmehr für variable Werte veröffentlichte Kurszettel hat für den, der die Kurse im Sommer gekannt und bestaunt hat, ein ganz jämmerliches Aussehen. Trotz der augenblicklichen Verfassung der Börse, trotz ihrer verminderten Widerstandsfähigkeit gegen plötzlich auftretende unliebsame politische und wirtschaftliche Ueberraschungen (die neugebildete Kontermine darf in ihrer Wirkungsmöglichkeit nicht überschätzt werden) hat der Börsenvorstand den von Hamburg ausgehenden Gedanken einer Schliessung oder Einschränkung des Börsenverkehrs in Berlin abgelehnt. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob es klug war, die Börse in einer Zeit offenzuhalten, wo bei gleichzeitig ganz unzulänglichen Verkehrsverhältnissen noch die schwersten Gefahren für den Bestand des Reiches und unser gesamtes Wirtschaftsleben vorhanden sind.

Die Depression und Mutlosigkeit, die an der Börse herrscht, beschränkt sich nicht allein auf diese und auf die Kreise der Bankwelt, sondern hat gleichmässig die gesamte Industrie- und Handelswelt, das Unternehmertum in allen Formen und Erwerbszweigen ergriffen. Selbst die Männer, die an sich auch vor dem Gedanken an eine sozialistische Republik als Regierungsform nicht zurückschrecken, sind sich klar darüber, dass eine solche Umwandlung nur erträglich sein kann, wenn das gesamte Europa oder vielmehr alle in das Netz der Weltwirtschaft

## Warenmarktpreise für November 1918.

	2.	8.	15.	22.	28.	
Weizen New York (Winter hard Nr. 2)	237 $\frac{1}{2}$	cts. per bushel				
Mais Chicago	115 $\frac{1}{8}$	125	125	129	124 $\frac{3}{4}$	cts. per bushel
Kupfer, standard London	122	122	122	122	122	£ per ton
Kupfer, electrolyt London	133—137	133—137	133—137	133—137	133—137	£ per ton
Zinn London	335	335	325	310	285	£ per ton
Zink London	50—54	50—54	50—54	50—54	52 $\frac{1}{2}$ —56	£ per ton
Blei London	29 $\frac{1}{2}$ —30 $\frac{1}{2}$	£ per ton				
Weissblech London	32/3	32/3	32/3	32/3	31/10 $\frac{1}{2}$	sh/d per ton
Silber London	49 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$	48 $\frac{3}{4}$	d per Unze
Baumwolle loco New York	29,25	30,85	30,05	30,50	31,75 $\frac{1}{4}$	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	19,99	20,63	20,63	—	21,14	d per Pfd.
Schmalz Chicago	26,20	26,60	27,20	26,65	26,75	Doll. per 100 Pfd
Petroleum New York	15,50 $\frac{1}{2}$	15,50	15,50	15,50	15,50	cts. per Gallone
Kaffee New York Rio Nr. 7	21 8 $\frac{1}{8}$	21 8 $\frac{1}{8}$	10 $\frac{5}{8}$	10 $\frac{5}{8}$	10 $\frac{5}{8}$	cts. per Pfd.

ein — sicher zu erzielendes — politisches Einvernehmen mit dem tschechischen Staat.

Freilich werden wir auch bei dem Gelingen einer solchen Politik dann in keinem Schlaffenland leben. Höchste Arbeitsleistung, stärkste Intensität und eine aufs feinste ausgenützte Produktivität der deutschen Wirtschaft wird zum Emporkommen notwendig sein. Und die Voraussetzung dafür, sowie für den Wert Deutschlands für jeden Teilhaber wird die Festigung des deutschen Kredits durch Ordnung sein, wie Staatssekretär Schiffer sehr richtig betonte. Noch zwei Monate Experimentieren mit fünfstündiger Arbeitszeit bei unmöglichen Tagelöhnen, wird die Grundlagen der deutschen Wirtschaft zerstört haben. Doch auch hier kann man hoffentlich damit rechnen, daß es zwar nie so gut, aber auch nie so schlecht kommt, wie man es sich einbildet, und wenn es leidlich abgeht, so ist selbst der Steuerbedarf von dreiundzwanzig Milliarden aufzubringen. Aber auch nur dann.

Der Staatssekretär Schiffer hat nun einen reichhaltigen Steuerplan entwickelt. Es befindet sich ungefähr alles darin, was jemals an Steuern angeregt worden ist, und wir wissen ja auch, daß uns nichts von der Art erspart bleiben wird. In dieser steuerlichen Hinsicht gibt es nur eine Gefahr: Die Systemlosigkeit. In dem Auszug, in dem bisher die Rede des Staatssekretärs veröffentlicht wurde, steht nicht ganz klar, ob die von ihm vorgesehene Erhöhungen der Tabaksteuer, der Zigarettensteuer und der Zuckersteuer nur vorübergehende Maßnahmen sind. Hoffentlich ist es so. Denn Zucker und Tabak gehören zu den Dingen, die später in umfassenderem Maße sozialisiert werden müssen. Bei der bloßen Steuer darf es da nicht sein Bewenden haben. Aber schließlich müssen Reich und Staaten ja auch so lange leben, bis ein festes neues Verfassungsgesfüge und nach der Nationalversammlung ein Parlament geschaffen werden kann, das mit Muße einen ganz neuen Finanzbau zurechtzimmert. Bis dahin mag man sich mit jenen Steuern behelfen, und zu ihnen erhöhte Erbschaftsteuer, Kapitalrentensteuer und Erhöhungen der Einkommensteuer unter besonderer Berücksichtigung aus Einkommenbesitz gesellen. Aber später wird es nötig sein, ein ganz besonders fein abgezieltes System der Steuern zu schaffen. Ich kann nur noch einmal meine frühere Forderung äußern, daß zunächst der Grundriß des Systems gezeichnet werden muß

bereits die einzelnen Steuern so wichtigem Ereignis Generalversammlung Liquidationstage u. darin alles verzeichnet. Die Zeitungen achtet Ereignisse gesetzt, di lassen.

Dagegen wäre es vom höchsten Uebel, wenn man sich überstürzt, wie es beinahe nach den Worten des Staatssekretärs scheinen konnte, an die Vermögensabgabe heranmachen wollte. In meinen Aufsätzen über Finanzreform schildere ich gerade in diesen Heften die Gefahr dieser Steuer, die um so größer ist, als sie ethisch und sozial lockt. In der Vermögensabgabe liegt die Gefahr, daß Deutschland selbst den eigenen Lebens- und Wirtschaftsstandart herabdrückt. Wir dürfen uns aber nicht durch die Schwere dessen, was uns getroffen hat, niederdrücken und klein machen lassen. Der Staatssekretär hat am Schluß seiner Rede die Frage aufgeworfen: Wird es zum Bauen kommen? Es wird dazu kommen, wenn wir selbst uns nicht aufgeben. Wir sind in das Zeitalter des Sozialismus gelangt. Das mag mancher für ein Unglück halten, aber: der Sozialismus ist die Weltanschauung des Optimismus, der Lebensbejahung und der Phantasie. Und: Die mehr oder weniger sozialisierte Gesellschaftsform gibt dem Deutschen Reich überhaupt die einzige Möglichkeit, sich wieder aufzurichten. Was viele Jahrzehnte in heftigem Kampf gegen die Sozialdemokratie als Bedrohung und Untergang deutscher Schaffenskraft galt, wird gerade jetzt der deutschen Unternehmungslust neuen Impuls geben. Die vorwärts treibende Kraft dieser Gesellschaftsform liegt in erster Linie darin, daß sie durch die Art der Ertragsverteilung die Gütererzeugung und den Profit daran nicht mehr zur Sache einer einzigen Klasse macht. Tatsächlich lag hinter der Produktion auch bisher schon das Schicksal des gesamten deutschen Volkes. Aber die Agitation der Sozialisten brachte eine Saite in der Seele der Massen zum Schwingen, die sich gern erklingen ließ. Das war das Gefühl der Arbeiter, daß sie im Grunde doch zuviel für den anderen hergeben mußten. Die soziale Neuordnung durch die Revolution wird, wenn sie erst ins ethische Bewußtsein der Arbeiterschaft übergegangen ist, eine Veredelung des Arbeitswillens zur Folge haben. Es wird dann Dienst an der Gemeinsamkeit sein, zu arbeiten. Eine Staatspflicht. Und das wird die Arbeitslust und den Arbeitsertrag fördern. Die ruhige Erwägung späterer Jahre wird einmal zeigen, daß die Schrecken der Niederlage dieses Krieges, die uns die sozialisierte Form der Arbeit in der Not aufgezwungen hat, ein Gutes für uns hatte: Wir haben Krieg und Klassenkampf in einem überwunden. Ohne die Niederlage wäre der Kampf gegen den äußeren Feind von schrecklichen jahrzehntelangen Kämpfen der einzelnen Volksklassen gegeneinander gelöst worden. Davor sind wir wenig bewahrt worden. Das neue Deutschland wird noch schwerer arbeiten müssen als das alte. Es wird lange dauern, bis wir wieder von Wohlstand werden reden können. Aber es wird zunächst einmal wieder zum Bauen kommen.

# Volkserziehungsanstalten.

Von Hermann Temme,

Geh. exped. Sekretär im Kriegsministerium.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Volkswirtschaft nach diesem opferreichen Kriege ist der Wiederaufbau des Handwerkerstandes und der Neuaufbau sonstiger wirtschaftlicher Existenzen, die in eigenen geschäftlichen sowie namentlich in landwirtschaftlichen und diesen verwandten Betrieben tätig sind.

Der Krieg hat gerade diesen schon im Frieden schwer ringenden Ständen durch jahrelange Entziehung der männlichen Arbeitskräfte und insbesondere durch die erhebliche Anzahl Gefallener große Wunden zugefügt, die nur mit tatkräftigster Hilfe des Staates wieder geheilt werden können.

Würde man sie nicht rechtzeitig und in weitgehendem Maße unterstützen, so wäre eine Auswanderung vieler kräftiger Leute und damit eine wesentliche Verringerung des in der Menschenkraft liegenden Nationalvermögens zu befürchten.

Aber wie viele unserer Soldaten sind auch infolge der erlittenen Verwundungen noch in reiferem Alter gezwungen, einen neuen Beruf zu ergreifen, und wie viele der seit Jahren im Felde stehenden jungen Leuten sind ihren Berufen entwöhnt und nicht ohne weiteres im Stande, das zu leisten, was unter den zu erwartenden schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen von einem tüchtigen Handwerker und Landwirt gefordert werden muß.

Der Staat trägt nur eine Dankeschuld an unsere Krieger ab, wenn er sie bei dem Erwerb einer sorgenfreien Existenz unterstützt, wenn er ihnen Gelegenheit gibt, tüchtig in ihrem Fach zu werden zu ihrer eigenen, ihrer Familien und ihrer Mitmenschen Freude und nicht zuletzt zu seinem eigenen Vorteil. Wie man eine Grundlage dafür schaffen kann, soll in nachstehenden Zeilen dargestellt werden.

Die hier gemachten Vorschläge bedürfen indes der genauen Ausarbeitung durch bewährte Fachmänner; Juristen oder Offiziere, soweit sie dem praktischen Leben und der Seele des einfachen Mannes fern stehen, dürfen damit nicht beauftragt werden.

Durch die Abrüstung werden eine ganze Anzahl von Kasernen, Exerzier- und Übungsplätzen sowie militärische Vorbildungsanstalten verfügbar. Sie sollten — soweit sie zur Linderung der Wohnungsnot oder zu anderen wichtigen volkswirtschaftlichen Zwecken nicht benötigt werden — zu Handwerker- und Landwirtschaftlichen Lehr- Versuchs- und Musteranstalten in Anlehnung an bestehende Fachorganisationen, Innungen, Berufsverbände usw. eingerichtet werden. Es würden zunächst für jede Provinz vier Anstalten mit etwa je 500 Schülern, davon je zwei für Handwerk und Landwirtschaft, in Frage kommen. Diesen Anstalten wären bereits bestehende Fachschulen, landw. Winterschulen usw.

einzugliedern. Sie dürfen grundsätzlich nur von anerkannt tüchtigen Fachleuten geleitet werden, denen sonstige Lehrkräfte, u. U. im Nebenamt, zur Verfügung stehen müßten.

Als weitere praktische Lehrer würden zweckmäßig die besten Schüler vorhergegangener Jahrgänge verwendet werden können.

Die Anstalten sind, wenigstens soweit jüngere Leute in Betracht kommen, als Schluß der vorhergehenden mehrjährigen praktischen Ausbildung zu denken. Die Dauer der Besuchszeit, die ganz oder teilweise in die bisher notwendig gewesene Lehrzeit fallen kann, wäre von der Berufsart, der Vorbildung und Fähigkeit des Schülers abhängig zu machen. Das Urteil hierüber geben die Lehrer auf Grund der ständigen Beobachtung der Schüler ab. Von einer Prüfung ist abzusehen.

Der Besuch der Anstalten müßte für junge Leute im Alter von über 20 Jahren ein freiwilliger, für jüngere Leute ein Zwang sein.

Die Schüler erhalten praktischen und theoretischen Unterricht. Im praktischen Unterricht muß die sorgfältigste Ausbildung im Handwerkszweig gelehrt, und auch die weitgehendste Ausnutzung maschineller Kräfte (Wind, Wasser, Gas, Elektrizität, Benzin, Petroleum usw.) sowie die Verwendung der für den Handwerkszweig erfundenen Maschinen gezeigt werden. Ferner muß eine aus hervorragenden Arbeiten zusammengestellte Mustersammlung vorhanden sein, aus der die Schüler ersehen können, zu welchem Ergebnis guter Unterricht und insbesondere Aufmerksamkeit und Fleiß führen kann.

Gerade in diesem Unterricht werden die in vielen Betrieben von mehr oder weniger tüchtigen Meistern vorgebildeten jungen Leute ihre erlangten Fähigkeiten austauschen, neue hinzulernen, sich gegenseitig anspornen und so zu höchster Vollkommenheit in ihrem Berufe gelangen.

Im theoretischen Unterricht erhalten die Leute Kenntnis vom Ursprung, von der Herstellung, Beschaffenheit und Verwendung der Rohstoffe, gleichzeitig aber auch geographische Kenntnisse und Kenntnis der Geschichte (Entwicklung, Aussichten) ihrer und verwandter Berufe. Ferner würden sie in der Buchführung und einfacher Korrespondenz ausgebildet; Wissenschaften, die für jeden selbständigen Handwerker und Landwirt ebenso notwendig sind, wie die Kenntnis sozialer, Steuer- und sonstiger Gesetze. Daneben kann aber auch durch Turnunterricht und durch Spiele mancherlei Art die körperliche Ausbildung — als Ersatz der künftig kürzeren Militärdienstzeit — gepflegt werden.

Die Handwerkerschulen wären in größeren Orten einzurichten, bei deren Auswahl auf die in diesen Orten vorzugsweise vertretene Industrie Rück-

sicht zu nehmen sein würde. Es könnten auch verwandte Berufe in einer Schule vereinigt werden, z. B. Schmiede und Schlosser, Gerber, Schuhmacher und Sattler usw.

Durch eine zweckmäßige Auswahl der Orte würde man den jungen Leuten nicht nur tüchtige Fachlehrer (nebenamtlich) verschaffen können, sondern auch ihren Gesichtskreis durch Besichtigung der in ihr Fach schlagende Unternehmen, in welchem sie auch vorübergehend praktisch tätig sein könnten, erweitern.

Für die landwirtschaftlichen Anstalten kommen in erster Linie ehemalige Übungsplätze, Kavallerie- und Artilleriekasernen in kleineren Orten in Frage, da für die praktische Ausbildung — abgesehen von Ställen für die Viehhaltung, auch ein genügend großes Gelände zur Verfügung stehen muß. (Exerzierplätze, staatliche- und Gemeindefeldereien oder zu erpachtende Güter und Grundstücke).

Die Anstalten müßten neben einem allgemeinen landwirtschaftlichen Betrieb, der allen Verhältnissen gerecht wird, ein oder mehrere Sonderfächer pflegen, die den Boden-, klimatischen, wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnissen der Provinz, angepaßt sind. So würden z. B. in der

Lüneburger Heide Schaf- und Bienenzucht,  
in Oldenburg Rindvieh- und Pferdezucht,  
in Moorgegenden Faserstoffgewinnung,  
in Seegegenden Fischzucht,  
in Sumpftegenden Weiden- und Schilfanbau,  
in Baden Wein-, Obst-, Hopfen-, und Tabakbau.

in Schlesien Flachsbau usw.  
betrieben werden müssen.

Auch in dieser Anstalt muß neben dem praktischen Unterricht der theoretische Unterricht — insbesondere in den Wintermonaten — gepflegt werden, und zwar nach dem gleichen Lehrplan, der schon jetzt für landwirtschaftliche Schulen besteht. Von großem Vorteil wird für die Schüler die Besichtigung gut geleiteter Betriebe und solcher Fabriken sein, die landwirtschaftliche Produkte verwerten. (Molkereien, Käse, Stärke, Zuckerraffinerien, Kartoffel- und Faserstoffverwertung, auch Schweinemästereien, Sägewerke, Brennereien). Ferner muß die Schüler gelehrt werden, wie sie sich im eigenen, auch kleinsten Betriebe, Naturkräfte (Wind, Wasser), elektr. Kraft, Gas, Benzin, Petroleum für den Betrieb von Drechsel-, Häcksel-, Schrot-, Buttermaschinen, Zentrifugen, Säganlagen usw. nutzbar machen können, und daß in einem Betriebe alles auf das Wirtschaftlichste ausgenutzt und verwertet werden muß. Großer Wert ist auf die Haltung von Kleinvieh usw. (Hühner, Gänse, Enten, Kaninchen, Bienen, Ziegen, Schafe) zu legen, dessen Pflege später den Familienmitgliedern übertragen werden kann. Außerordentliche

Sorgfalt ist ferner auf den Unterricht über die Anlage und Pflege von Obst- und Nußbaumpflanzungen zu verwenden, worauf in Deutschland unbegreiflicher Weise bisher längst nicht genügend Wert gelegt worden ist.

Die auf diesen Anstalten vorgebildeten Leute müssen ihrer Neigung entsprechende Berufsstellen (in landw. Betrieben, als Obstbaumpfleger der Kreise, Forsthilfspersonal der Gemeinden, Fischmeister usw. oder noch besser staatliches Siedlungsgebiet (kultivierte Moor) und Sümpfe, aufgeteilte staatl. Domänen oder größere Güter) zur Einrichtung eines eigenen Betriebes (Erbpacht, Rentengut) erhalten. Hierdurch könnten nicht nur jetzt noch menschenarme Gegenden besiedelt, sondern vor allen Dingen auch Rohstoffe, (Faserstoffe, Del usw.) und Obst, Gemüse, Holz, Getreide, Vieh usw. gewonnen werden, wofür vor dem Kriege alljährlich große Summen an das Ausland gezahlt werden mußten.

Die Kosten der Anstalten müssen in erster Linie aus dem Verkauf und der Verwertung der eigenen Produkte gedeckt werden. Soweit diese Erlöse aber nicht ausreichen, hat der Staat Zuschüsse zu leisten, wie dies auch schon bei Schulen, Universitäten, Rabattenanstalten und sonstigen militärischen Vorbildungsanstalten der Fall ist. Selbst erhebliche Aufwendungen im Interesse des Handwerkers und Bauern würden aber gerade dem Geiste der heutigen Zeit entsprechen und gute Früchte tragen, da durch diese Anstalten ein Handwerker- und Bauernstand herangebildet werden würde, wie ihn kein Land der Erde aufzuweisen hat. Diese Stände werden insbesondere als werbende Stände Deutschland groß machen und durch hervorragende Leistungen unserm Vaterlande die Stellung in der Welt verschaffen, die ihm infolge der Tüchtigkeit und des gesunden und fleißigen Sinnes seiner Bewohner gebührt.

Manches Talent, das jetzt in kleinem Kreise verkümmert, wird in diesen Anstalten an das Licht gezogen und mit dem heute zur Geltung gekommenen Wahlsprüche „Freie Bahn jedem Tüchtigen“ zum eigenen Vorteil und zum Nutzen der Gesamtheit wichtige Stellungen erringen können.

Ebenso würden auch manche unserer Kriegsschädigten — insbesondere Blinde — in den betr. Fachanstalt z. B. für Weidenkultur, Schilfverwertung usw. anzugliedernden Werkstätten eine Lebensstellung erhalten können.

Schließlich würden aber auch zahlreiche kleinere Orte, in denen bisher Militär gelegen hat und die durch dessen Fortfall wirtschaftlich ruiniert werden würden, in diesen Anstalten einen geeigneten Ersatz erhalten.

Für die wirtschaftliche, nicht fachliche Verwaltung der Anstalten stehen in den verfügbar werdenden mittleren Beamten der Heeresverwaltung vorzügliche Kräfte zur Verfügung.

# Deutsche Finanzreform.

XVIII\*).

Das die von mir dargelegte Schwächung des Kapitalmarktes durch eine stark bemerkbar werdende Vermögensabgabe die Produktivität der deutschen Unternehmungen auf das schwerste schädigen müßte, bedarf keiner besonderen Erläuterung. Nun ist gegen diese Auffassung der Einwand vorgebracht worden: Der Zweck der Vermögensabgabe bestehe im wesentlichen in der Abbürdung der Staatsschuld, und dadurch, daß aus den Erträgen der Vermögensabgabe das Reich die Besitzer der Kriegsanleihen auszahle, würde ja wieder der volle Betrag der zurückgezahlten Kriegsanleihe, mithin also auch der volle Betrag der gezahlten Vermögenssteuer, dem Kapitalmarkt zur Verfügung gestellt werden. Ist diese Auffassung richtig? Konstruieren wir uns einmal zum Zweck klarerer Erkenntnis den ganz theoretischen Fall, daß alle Eingänge aus der Vermögensabgabe an das Reich in barem Gelde gezahlt würden und daß das Reich aus den einhenden Anleihen zurückkaufen würde. Dann gehen Vermögen in Höhe der Vermögensabgabe aus der Privathand an den Staat über, und der Staat verwandelt seinerseits eine entsprechende Summe von bisherigen Anlagen in Kriegsanleihen durch deren Aufkauf in die Geldform zurück. Nun hat es allerdings in diesem Fall den Anschein, als ob diese anlagelos gewordenen Summen von neuem dem Anlagemarkt zuströmen und in der ersten Zeit nach dem Kriege sogar eine sehr erhebliche Anlagelust wachrufen werden. Es kann hier ganz ununtersucht bleiben, ob dieser Gedanke an sich richtig ist. Er hat jedenfalls die Vorstellung zur Voraussetzung, daß durchweg nur solche Vermögenswerte in Kriegsanleihen angelegt sind, die ohne weiteres als feste Kapitalanlagen angesehen werden können. Denn nur in diesem Falle würde doch die Zurückführung jener Anlagen in die Geldform Veranlassung zu neuem Anlagelust bilden. Tatsächlich liegen die Dinge doch aber, worauf ich ja früher schon hingewiesen habe, wesentlich anders. Zunächst ist ein nicht unwesentlicher Teil der Kriegsanleihen entweder im Kaufe des Krieges bereits beliehen; oder gleich auf Kredit gezeichnet worden. Die Zurückzahlung dieser Kriegsanleihen würde also lediglich eine Verringerung der Kreditanspannung aber keine Schaffung von Anlagebedürfnis bedeuten. Jedoch vor allem ist zu berücksichtigen, daß ein überaus erheblicher Teil der Kriegsanleihen von den kaufmännischen und industriellen Unternehmungen gezeichnet wurden, und auf diese Weise nützliche Anlage für ihre Betriebskapitalien fanden, welche während des Krieges in Rohstoffen und in Waren nicht an-

gelegt werden konnten. Bei allen diesen erheblichen Summen kommt irgend ein Rückströmen zum Anlagemarkt nicht in Frage, sondern die erlösten Geldbeträge werden hier von neuem als Betriebsmittel zum Einkauf von Waren und Rohstoffen verwandt. Alle jene Gelder sind dem Anlagemarkt nur aus der Notkriegslage heraus zugeführt worden, und die in der Notlage gewählte Anlage würde, in normalen Zeiten sogar direkt als volkswirtschaftlich schädlich angesehen werden müssen. Denn die Zuführung von Betriebsgeldern zum Anlagemarkt bedeutet eine Verquickung von Geldmarkt und Kapitalmarkt, was nach den Regeln der Volkswirtschaft unzulässig und sogar gefährlich ist.

Wie wenig aber die ganze Rechnung stimmt, auf der sich die eben bekämpfte Anschauung, erkennt man besonders klar, wenn man sich den Fall ins andere Extrem konstruiert. Da, wie schon gesagt der Zweck der Vermögensabgabe die Abbürdung der Reichsschuld, mithin die Tilgung der Kriegsanleihen ist, so hat man vernünftigerweise bereits bei der bisherigen Kriegsgewinnsteuer, die ja gleichen Zwecken dienen soll, die Bezahlung der Steuer in Form der Auslieferung, entsprechender Mengen von Kriegsanleihen gestattet. Genau so wie die Kriegsgewinnsteuer, dafür sorgt schon der Kursrückgang der Anleihen, wird wahrscheinlich auch die Vermögensabgabe zum erheblichsten Teile in Form der Zurückgabe von Kriegsanleihen gezahlt werden. — Nehmen wir aber nun einmal an, daß überhaupt nur diese Form gewählt würde, so wäre jeder Rückfluß von Kapitalien zum Anlagemarkt von vornherein überhaupt ausgeschlossen. Denn das Reich erhielte dann eine Menge von Kriegsanleihen ausgefolgt, diese Mengen würden vernichtet und vom Vollbetrag der Anleihen abgeschrieben werden. Das heißt: Völlige Vernichtung der Privatvermögen in voller Höhe der Abgabe, ohne jede Gegenkapitalleistung des Staates.

Wenn man übrigens, wie es hier geschieht, in erster Linie die volkswirtschaftliche Wirkung der Vermögensabgabe ins Auge faßt, so muß man sich über einen Punkt klar werden, dessen Betrachtung zeigt, daß auch hier, wie oftmals, die ethischen und moralischen Gründe, die für eine Steuer oder für eine bestimmte Steuerform sprechen, wirtschaftlich in hohem Maße gegen sie einnehmen. Es ist ja klar, daß eine Vermögensabgabe in allererster Linie die großen Vermögen treffen soll. Das würde auch wohl stets der Fall sein, ganz gleichgültig ob man schließlich die Vorschläge annehmen wird, die den gleichen Prozentsatz von allen Vermögen erheben wollen, oder sich mehr jenen Plänen zuneigt, die mit der Größe des Vermögens eine Steigerung des Steuerfußes vorsehen. Auf alle Fälle werden besonders stark die großen Vermögen getroffen. Das liegt auch durch-

\*) Siehe Plutus, Seite 79, 93, 103, 129, 143, 155; 169, 182, 199, 211, 224, 256, 273, 291, 306, 320 und 344 ff.

aus im Sinne der steuerlichen Gerechtigkeit. Und das ist es ja auch gerade, was die Vermögensabgabe der breiten Masse als eine so besonders geeignete Steuer erscheinen läßt. Nun alimentiert aber der jährliche Zuwachs aus den großen Vermögen den Kapitalmarkt in besonders starker Weise. Die Erträge der mittleren und kleinen Vermögen werden mehr oder weniger für den Konsum der Inhaber aufgebraucht, während erst von einer gewissen Höhe der Vermögen ab aus den Erträgen neues Kapital abgezweigt werden kann. Aus dieser Erwägung geht hervor, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Vermögensabgabe den Kapitalmarkt noch um viel mehr schwächen wird, als es nach der rein schematischen prozentualen Berechnung den Anschein hat.

Um die Zusammenhänge und das Problem selbst klar zu erkennen, muß man sich die Finanzlage des Reiches etwa in der Bilanz einer privaten Aktiengesellschaft dargestellt denken, bei der unter den Papieren die Kriegsanleihen als Schulden stehen, während auf der Aktivseite die Zugriffsrechte des Reiches auf das Privatvermögen der einzelnen Staatsbürger verbucht sind. Ziffernmäßig, decken sich die Beträge der Aktiven und Passiven. Aber wie immer bei Aktienbilanzen hängt die Vollwertigkeit des auf der Passivseite gebundenen Kapitals von der Vollwertigkeit der Aktiven ab. Bei genauer Prüfung finden wir nun, daß der allergrößte Teil der unter den Aktiven figurierenden persönlichen Vermögenswerten der Staatsbürger aus Forderungen gegen die Aktiengesellschaft, d. h. gegen das Deutsche Reich, sich zusammensetzt. Sind diese Forderungen vollwertig, so ist es auch das Schuldkapital der Aktiengesellschaft. Aber da auf der anderen Seite, wie wir gesehen haben, das Schuldkapital der Aktiengesellschaft nur dann vollwertig ist, wenn die Aktivkapitalien der einzelnen Vermögenswerte ihren vollen Wert besitzen, so ergibt sich hier das Bild der Schlange, die sich in den Schwanz beißt oder mit anderen Worten: Wir haben hier eine Bilanz vor uns, deren Sanierung auf alle Fälle dadurch zu erzielen ist, daß die zweifelhaften Forderungen gegen das Reich von den Schuldnerin auf der Aktivseite, die doch gleichzeitig auch Gläubiger der Gesellschaft sind, herausgegeben werden. Denn mögen diese Forderungen gegen die Aktiengesellschaften vollwertige oder nichtvollwertige sein, die Aktiengesellschaft selbst kann sie zum vollen Wert verwenden, da sie um den vollen Betrag der ihr zurückgegebenen

Forderungen ihr eigenes Schuldkapital herabsetzen kann.

Solche Sanierung scheint sich auf den ersten Blick zu empfehlen. Es scheint das einfachste zu sein, was es gibt, die Schuldsomme des Reiches auf dem Wege der Vermögensabgabe durch die Staatsbürger zu kürzen. Denn bei eingehender Prüfung der Verhältnisse des Deutschen Reiches, wird man mit gutem Gewissen nicht behaupten können, daß angesichts der ungeheuerlichen Schuldenlast des Reiches dessen Anleihen heute innerlich ihren vollen Wert besitzen. Solange allerdings das Reich Zinsen und Tilgung der Anleihen bezahlt, würde der Kapitalisierungswert der Anleihen rein rechnungsmäßig annähernd pari ergeben. Aber von einer inneren durch die Sache selbst begründeten Vollwertigkeit kann keine Rede sein.

Rehren wir nach dem Ergebnis dieser Prüfung zu unserem alten Bilanzbilde zurück, so würden sich die Verhältnisse einer Aktiengesellschaft ergeben, die überkapitalisiert ist. Bei einer solchen Gesellschaft besteht ein Teil der Aktiven aus „Wasser“. Nach soliden Grundsätzen würde man sich in einem solchen Falle bei einer privaten Aktiengesellschaft zweifellos dahin entscheiden, das Wasser auszuschöpfen, d. h. das Kapital so weit herabsetzen, bis auf der Passivseite der Bilanz nur noch ein Kapitalbetrag gebunden wird, der seinen Gegenwert in vollgültigen Werten auf der Aktivseite findet. Das würde auf die Verhältnisse im Reich übertragen heißen: Die Erhebung einer möglichst großen Vermögensabgabe und eine entsprechend hohe Abbürdung der Reichsschuld und Tilgung der Kriegsanleihe. Dadurch erscheint an und für sich der einzelne Kapitalist zudem kaum geschädigt. Denn da wir bereits feststellten, daß der wirkliche Betrag der einzelnen Vermögen viel niedriger ist als ihr Nominalbetrag, so würde die Herabsetzung des Nominalbetrages auf den wirklichen Realbetrag ja nur eine äußere Rechenoperation darstellen, und keine wirkliche Schmälerung.

Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig und es soll auch gar nicht geleugnet werden, daß man durch eine solche Operation gewisse volkswirtschaftliche Vorteile eintauschen würde, die der Anhänger der Vermögensabgabe sehr hoch zu bewerten geneigt sein wird.

G. B.

(Weitere Aufsätze folgen).

## Revue der Presse.

Mit nicht gerade freundlichen Augen sieht England auf eine Bewegung in Amerika, die, wenn sie sich bewahrheitet, — der „Berliner Börsen-Courier“ (4. Dezember) veröffentlicht hierüber die Zuschrift eines englischen Schiffbauers — allerdings dem meeresstolzen Albion Veranlassung geben muß,

Amerika als größtes Schiffbauendes Land zu fürchten. Der Brieffschreiber meint: Der Be-

juch einiger Küstenplätze der Vereinigten Staaten wirke wie eine Enthüllung für jeden Engländer den Glauben an seine führende Schiffshabe. Diese traditionelle Rolle als größte Schiffsnation werde England wohl nie mehr riefen. Man vergleiche nur folgende Zahlen: Im Amerika in England 141 998 t vom Stapel, Der Delaware 421 296 t. Und woher dieser Wand; das Sepware-Fluß und besonders Hog Jä

tember 1917 noch Sumpfland war und wo jetzt über 20 000 Mann beschäftigt werden, seien das Schiffsbauzentrum größter Art geworden, und es sei klar, daß dieser gewaltige Schiffbau Amerikas die hervorragendste wirtschaftliche Tatsache nach dem Kriege sei. Wie man übrigens in der Union arbeitet, gehe aus der Tatsache hervor, daß ein 5500 t-Schiff, „die Lufthoe“, in 27 (!) Tagen fertiggestellt worden sei. — Bisher hörte man nur immer von Rohstoffmangel. Und doch gibt es, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (4. Dezember) mitteilt, einen infolge der Abriegelung der Mittelmächte eingetretenen

**Rohstoffüberschuß.**

Eine solche Ueberproduktion ist z. B. zu verzeichnen bei Weizen in Australien, bei Kaffee in Brasilien, bei Tee, Tabak und Zucker, ferner bei Kautschuk in Ostindien. Australien ist auch das Land der Uebervorräte an Wolle. Weiterhin gibt es ungenutzte Läger an Häuten und Fellen in den Ueberseemärkten. Da die Vereinigten Staaten sich auf eine gewaltige Kupfererzeugung eingestellt haben, so ist auch darin Ueberfluß vorhanden. In Anbetracht dieser Tatsachen liegt es offensichtlich im eigensten Interesse der genannten Länder, alsbald die Ausfuhr nach dem ausgehungerten deutschen Markt in Gang zu bringen. — Die „Frankfurter Zeitung“ (29. November) beurteilt die

**Aussichten des Kaffeemarktes**

verhältnismäßig schlecht. Vor dem Kriege führten wir zuletzt jährlich für ¼ Milliarde M. Kaffee ein. Ob das nun in absehbarer Zeit wieder so werden wird? Unsere Importeure haben allerdings nicht die Hände in den Schoß gelegt, und so ist sogar erst kürzlich in Hamburg ein Kaffee-Einfuhrverein gegründet worden, mit Hinblick auf die zweifellos gute künftige Konjunktur; denn der Weltmarkt in Kaffee blüht und gedeiht. Das Jahr 1917/18 wurde auf 22 Millionen Ballen (5 Millionen mehr als im Vorjahr) geschätzt. Seit 1915 befinden sich die Ziffern der brasilianischen Kaffeegesamtausfuhr in steter Aufwärtsbewegung. Die Ernte 1918/19 ist ebenfalls vorzüglich. Aber trotzdem soll man nicht glauben, daß deswegen auch schon diese Konsumartikel in großen Mengen und zu relativ billigen Preisen bald zu haben seien, und zwar schon deswegen nicht, weil die hohen Verschiffungskosten, der schlechte Valutastand, die Verteuerung des Zolles und die Hausfetendenz (!) im Produktionslande den Preis bestimmen. Im übrigen vergleiche man allein bei Rio-Ware die Preissteigerung vom 13. Februar dieses Jahres bis zum 21. November: 4300: 9200. Wo über das Doppelte, und nennenswerte Qualitäten Tee werden in der nächsten Zeit nicht auf den Markt kommen. Nicht gerade sehr tröstlich für die vielen Verheirateten, die sich mit Kaffee-Ersatz durchaus nicht vertragen wollen. — In der „Wossischen Zeitung“ (2. Oktober) hatte Prof. Dr. Carl Oppenheimer für ein Postschekgutheben als gesetzliches Zahlungsmittel plädiert. Hieran erwidert die „Deutsche All-

gemeine Zeitung“ (4. Dezember) und meint, daß man noch einen Schritt weiter gehen und als durchgreifendes Mittel das in der Reichsbank und Reichspostverwaltung umlaufende Girogeld als gesetzliches Zahlungsmittel erklären müßte. Das Buchgeld müßte dann in jeder Stadt, in jedem Dorf vorhanden sein, u. a. w. es müßte dann auch allgegenwärtig sein, d. h. jede Postanstalt müßte ein Girobuch führen. Die Post wird die Rolle der nationalen Kassensführerin allerding's nur dann erfolgreich spielen können, wenn die Kasse dem sofortigen und unmittelbaren Zugriffe des Girokunden offensteht. Aber der an sich diskutabile Vorschlag Oppenheimers hat auch einen Haken. Man kann dazu nur öffentliche Behörden und Anstalten, aber nicht Privatleute zwingen. Diese könne man nur (im Wege besonderer Aufklärungsarbeit gewinnen, indem man sie z. B. auf das leuchtende Vorbild des bargeldlosen Verkehrs in Hamburg hinweist. — Irrtümliche Ansichten sind über die

**Zurücknahme von Kriegsanleihe-Zeichnungen**

verbreitet worden, die, der „Frankfurter Zeitung“ (29. November) zufolge, auf die bekannte Bestimmung des § 610 des BGB. gestützt werden, das von dem Widerruf eines Darlehensversprechens spricht, wenn in den Vermögensverhältnissen des anderen Teils eine wesentliche Verschlechterung eintritt. Diese Auffassung, offenbar von einem oberflächlichen Juristen suggeriert, ist falsch; denn es handelt sich bei der Zeichnung um ein Erklärungsangebot (Offerte) im Sinne des § 145 BGB. Die Annahme der Offerte erfolgt namens der Reichsbank, ausdrücklich oder stillschweigend. Es ist somit ein Vertragsverhältnis geschaffen, daß sich nach weiterer Unterjuchung als einen Austausch von Geld gegen Hergabe von Teilschuldverschreibungen, mithin als Kauf eines Wertpapiers charakterisiert. Es kann demnach von einem Darlehensversprechen gar keine Rede sein, und die Anwendung § 620 BGB. entfällt vollständig. Außerdem liegt der „Widerruf“ eines Darlehensversprechens umsoweniger vor, als es sich nicht um ein einseitiges, sondern um ein bereits angenommenes Versprechen handeln würde. Schließlich kann auch § 321 BGB. nicht in Frage kommen, da die Lieferung der Teilschuldverschreibungen durch die gegenwärtigen politischen Verhältnisse nicht gefährdet scheint. — In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (2. Dezember) plädiert Hans Goslar für eine

**allgemeine Buchführungspflicht.**

Der Hauptgrund ist für ihn der, daß die gewaltige Schuldenlast des Reiches die Aufbringung von Steuern auf Einkommen und Vermögen in ungeheurem Umfange und damit eine möglichst genaue Vermögensübersicht des Einzelnen nötig mache. Ein Anfang hierzu sei schon im § 12 des Entwurfs eines Umsatzsteuergesetzes gemacht worden, worin gefordert wird, daß die Steuerpflichtigen zur Buchführung verpflichtet sein sollen. Allerdings stehen solch einer allgemeinen Buchführungspflicht zahlreiche

Einwände entgegen, die aber Goslar zu entkräften sucht. Er meint, daß zunächst an Stelle der Buchführung bloße „Aufzeichnungen“ genügen. Aber diese seien noch nicht das Ideal. Es handele sich um die „Erziehung“ des Volkes, um sozialpolitische Momente, um ein wirtschaftlicheres und darum gewinnbringendes Arbeiten. Dies gelte in erster Linie für den kleinen Kaufmann, Gewerbetreibenden und Landwirt. Für sie sei eine klare und einfache Buchführung eine Selbstverständlichkeit. Die einzige Schwierigkeit bestehe für den Privatmann (Arzt, Künstler, Gelehrten, Schriftsteller usw.), bei denen der Zwang zur Buchführung allerdings unter Umständen lästig werden könne. Aber man sollte auch in diesem Falle im Hinblick auf die Forderung einer neuen Zeit dieses, wie der Verfasser meint, „kleine“ Opfer bringen.

## Umschau.

### Bank-Filiale und Zusatzstempel.

Herr Gerichts-  
assessor Dr.

Eckstein, Berlin\*) schreibt mir: Das neue Reichsstempelgesetz sieht einen Zusatzstempel in Höhe des halben Tarifsatzes vor, wenn ein Bankgeschäft ein Geschäft mit einem auswärtigen Kunden durch Vermittlung einer auswärtigen inländischen Geschäftsstelle im eigenen Namen und für eigene Rechnung abschließt. Das Gesetz will damit die größeren Banken besonders besteuern, um die Kleinbankiers zu schützen, indem es von dem Gedanken ausgeht, daß der Provinzbankier ein Geschäft oft nur machen kann durch einen Börsenplatzbankier, also ein neues stempelpflichtiges Geschäft abschließen muß, während die Provinzfiliale, wenn sie ein Papier nicht vorrätig hat, es einfach von der Börsenplatzfiliale oder dem Hauptgeschäft bezieht, also ohne neues steuerpflichtiges Geschäft. Es soll darum gewissermaßen ein steuerpflichtiges Geschäft zwischen den beiden Geschäftsstellen derselben Firma fingiert werden. Auf Kommissionsgeschäfte — bei denen übrigens der Provinzbankier schon wegen der Befugnis, den Stempel der Kommissionsschlußnote auf den Stempel für das Abwicklungsgeschäft gemäß § 23 anzurechnen, dem Großbankier gleichgestellt ist — findet die Bestimmung keine Anwendung, beim Tafelgeschäft, bei dem die Filiale eine andere Geschäftsstelle derselben Firma sowie so nicht in Anspruch nimmt, ist die Bestimmung gegenstandslos, man darf demnach die praktische Bedeutung dieser Bestimmung, wie auch mit Recht bei den Gesetzesberatungen hervorgehoben ist, nicht überschätzen. Eine Beschränkung des Zusatzstempels auf bestimmte Anschaffungsgeschäfte, wie z. B. beim Zusatzstempel für gemeinschaftliche Geschäfte von Bankiers und Nichtbankiers (Beschränkung bei Gesellschaftsanteilen, insbesondere Aktien) kennt das Gesetz bei diesem Zusatzstempel nicht. Der Begriff „auswärtiger Kunde“ läßt sich nur festlegen, wenn man auf den Gesetzeszweck zurückgeht. Es wäre unrichtig, hier einfach das Oertliche entscheiden zu lassen oder dieselben Grundsätze zur Anwendung zu bringen, wie sie von auswärtigen Kommitenten im Sinne des § 23

gelten. Der Begriff ist vielmehr selbständig und daher auch selbständig auszulegen. Spräche das Gesetz nur von „Kunden“, so würde also ein Geschäft am Börsenplatz, das für einen seiner Kunden ein Geschäft ausführt und gekaufte Effekten momentanen Mangels wegen von der Provinzfiliale bezieht, sonderstempelpflichtig sein. Das will das Gesetz verhindern. Der Verkehr zwischen der Provinzfiliale und dem Börsenplatzgeschäft für den Provinzkunden soll getroffen werden, nicht umgekehrt. Für den Begriff „auswärtig“ ist in erster Linie entscheidend, mit welchem Geschäft der Kunde ständige Geschäftsbeziehungen unterhält. Der Potsdamer Privatmann, der ständiger Kunde einer Berliner Bankfirma ist, ist für diese nicht auswärtiger Kunde, er ist es aber dann, wenn er ständiger Kunde nur des Potsdamer Zweiggeschäftes wäre. Wenn dieser Potsdamer Kunde des Berliner Zentralgeschäftes einmal auf einer Reise in Köln oder einmal zufällig in Potsdam selbst einen Auftrag aufgibt, der über Berlin ausgeführt wird, so ist auch das der Auftrag eines nichtauswärtigen Kunden. Fehlt es an einer ständigen Geschäftsverbindung, so kommt es darauf an, von wo aus der Auftrag erteilt ist, unerheblich ist der — für den Geschäftsverkehr ganz gleichgültige — Wohnsitz des Kunden oder Sitz der Firma. Auswärtig ist der Kunde, der im Augenblick der Auftragserteilung auswärtig ist. Bei brieflichen Aufträgen entscheidet der Ort, wohin der Brief gerichtet ist. Wenn also jener Potsdamer von Berlin aus nach Potsdam, oder ein Berliner während seines Sommeraufenthalts in Potsdam dort einen Auftrag erteilt, so sind das Aufträge auswärtiger Kunden. Hat jemand eine feste Geschäftsbeziehung, macht er aber nicht Gebrauch davon, so steht er dem Kunden ohne Geschäftsbeziehung gleich. Der Berliner Geschäftsmann, der auf der Reise in Potsdam einen Auftrag erteilt, ohne hervorzuheben, daß er an seine Berliner Bank gerichtet sein soll, ist für das Geschäft in diesem Augenblick „auswärtiger Kunde“. Hat jemand ständige Geschäftsbeziehung mit dem Haupt- und dem Zweiggeschäft (insbesondere wenn er selbst eine Provinzfiliale hat, die mit der Bankprovinzfiliale arbeitet), so kommt es darauf an, ob er als auswärtiger oder nichtauswärtiger Kunde auftritt (im obigen Beispiel würde ein Auftrag seines Zweiggeschäftes im Zweifel als Auftrag eines auswärtigen Kunden gelten). Die auswärtige inländische Geschäftsstelle — die ausländische fällt überhaupt nicht unter diese Bestimmung — ist eine solche, die örtlich von dem Hauptgeschäft getrennt ist. Im Sinne der Verkehrsauffassung zusammengehörende politische Gemeinden (wie die von Groß-Berlin) sind keine auswärtigen. Nimmt das Gesetz auch nicht ausdrücklich darauf Bezug, so können doch die im Sinne der Wechselordnung (Art. 91a) und des Wechselstempelgesetzes (§ 27 Abs. 3, 4 und Ausf.-Best. § 15) als ein Platz geltenden Orte auch im Sinne dieser Bestimmung als nicht auswärtig gelten. Durch Vermittlung ist ein Geschäft gemacht, wenn die Provinzfiliale oder ihre Beamten in irgendeiner Weise für das Zustandekommen des Geschäftes tätig geworden sind. Wenn sie es z. B. nur veranlaßt, daß der Kunde seinen Auftrag an die Provinzfiliale mittelt, das Hauptgeschäft richtet, so hat sie bereits, wenn sie selbst eine Raterteilung würde ausreichen, die der für den fraglichen Auftrag, nicht für den Kunden unmittelbar dem Hauptgeschäft zu

\*) Von dem Verfasser erscheint demnächst ein Kommentar zu den neuen Reichsstempelgesetzen im Industrie-Verlag Spaeth & Lindé Berlin C. 2.

bloße Uebermittlung ist noch keine Vermittlung. (Beispiel: Der Kunde reicht einen an das Hauptgeschäft gerichteten Auftrag bei der Provinzfiliale ein, die ihn nun weitergibt und die vielleicht nachher nur die von dem Hauptgeschäft übermittelten Effekten aushändigt.

### Das Pech der Steuerscheuen.

Man schreibt mir: Die Furcht vor dem Umfang der neuen Vermögens- und Einkommensteuern hat in manchen Kreisen lebhaftere Unruhe erweckt. Sehnd schweift der Blick über die Landesgrenzen in die Gefilde Neutraliens. Der Neutrale, so meint der Mann, der für seine Gelder eine bessere Verwendung weiss, als sie dem Steuerboten seufzend einzuhandigen, wird den, welchem es gelingt, sich selbst oder sein Vermögen über die Grenze in Sicherheit zu bringen, mit offenen Armen aufnehmen. Aber, was ist das für eine Hiobspost? Da heisst es, dass in Dänemark eine von zahlreichen Unterschriften bedeckte Petition an den Reichstag gegangen sei und dort verhandelt werden solle. Man will — eine Fremdensteuer einführen und auch die Anlage von fremden Vermögen in dänischem Grundbesitz steuerlich sehr scharf erfassen. In Dänemark scheint man also keine Lust zu verspüren, sich von Leuten die daheim keine Steuern zahlen wollen und für verschobene Vermögen eine glänzende und risikofreie Anlage in dänischen Landgütern sehen, im Wege der Güterspekulation den Landbesitz und die agrarischen Produkte verteuern zu lassen. Möglicherweise, weil man annimmt, dass Leute, die in der Heimat vor dem Bezahlen sich drücken auch in ihrem neuen Wohnland der Steuerbehörde gegenüber sich nicht viel ehrlicher zeigen werden, also keine sehr nützlichen Mitbürger und keine wünschenswerte Bereicherung darstellen. Es wird wirklich immer schwieriger für einen Menschen, der sein Geld auf anständige Weise verschieben will.

### Zur Förderung der bargeldlosen Zahlungsweise

schreibt Herr Koch-Remscheid: Es ist im täglichen Verkehr d. h. bei Einkäufen in Ladengeschäften, in Gasthäusern, bei Zahlungen an öffentlichen Kassen u. s. w. in letzter Zeit von verschiedenen Seiten die Einrichtung der garantierten Schecks empfohlen worden, u. a. in Heft 35/36 der Zeitschrift „Plutus“ vom 28. 8. 18. Gegen diesen Vorschlag bestehen aber sehr erhebliche Bedenken. Es soll hier nicht geprüft werden, ob die allgemeine Einführung dieser Schecks gesetzlich überhaupt zulässig ist bzw. ob im Verneinungsfalle eine Aenderung des Scheckgesetzes empfehlenswert sein würde. Auch die Frage, ob durch die vorgeschlagene Einrichtung wirklich eine sehr erhebliche Verminderung des Notenumlaufs zu erreichen sein wird, soll nur aufgeworfen werden mit dem Hinweis darauf, dass dabei die bezogenen Banken mindestens einen erheblichen Teil des Betrages zur sofortigen Auszahlung bereithalten müssten und deshalb im günstigsten Falle nur eine geringe Verzinsung der Guthaben eintreten lassen können. Ferner ist zu berücksichtigen, dass bei dieser Zahlungsart unter Umständen für eine einzige Zahlung die Ausstellung und Buchung einer grösseren Anzahl von Schecks erforderlich ist, was nicht nur einen nicht ganz unberechtigten Widerstand der Banken und sonstiger Geld-

institute gegen diese Neuerung erwarten lässt, sondern auch für den Aussteller und den Empfänger solcher Schecks sehr lästig sein würde. Der Hauptzweck vorliegender Zeilen ist es, der Behauptung entgegenzutreten, dass die vorgeschlagenen bestätigten bzw. garantierten Schecks ebenso sicher seien wie Banknoten und die sonstigen heute gebräuchlichen Barzahlungsmittel. Die Erfahrungen, welche während des Krieges mit Reisebrotmarken und anderen Bezugschetsen gemacht worden sind, beweisen leider, dass Nachahmungen trotz des heutigen hohen Standes der Druck-Technik nicht sehr schwierig sein können; es steht deshalb zu erwarten, dass bald zahlreiche Nachahmungen in Umlauf kommen und das Vertrauen in die Sicherheit der garantierten Schecks derart erschüttern werden, dass sie, genau wie gewöhnliche Schecks, nur noch von Personen in Zahlung genommen werden, die dem Empfänger hinreichend bekannt sind. Aber von möglichen Nachahmungen ganz abgesehen ist auch kein Empfänger in der Lage, zu prüfen, ob der Aussteller eines Schecks die Formulare nicht etwa gefunden oder gestohlen hat bzw. auf anderem verbotenen Wege in deren Besitz gelangt ist. Selbst das Aufdrucken von Namen und Adresse des zur Ausstellung Berechtigten würde kaum eine wesentlich größere Sicherheit bieten. Dies wäre höchstens der Fall, wenn der Berechtigte vor Annahme durch die Bank seine Unterschrift auf den Formularen anbringen und in Gegenwart des Empfängers nochmals unterschreiben müsste, aber auch dann könnten die, so scheinbar absolut sicheren, Schecks noch von dazu nicht berechtigten Personen in Zahlung gegeben werden, die es verstehen, die richtige Unterschrift so täuschend nachzumachen, dass der Empfänger es nicht bemerkt. Alle diese Bedenken lassen sich nun, wie bereits in der gleichen Nummer der Zeitschrift „Plutus“ von mir empfohlen, dadurch beseitigen, dass auf dem Scheck ein Bild des Ausstellers angebracht wird, etwa durch Aufkleben einer damit versehenen Marke, welche ausserdem noch den Namen und Geschäftsbesitz der Bank sowie die übliche laufende Kontrollnummer, nötigenfalls auch noch die Nummer und Bezeichnung des Kontos erhalten könnte. Dadurch wäre dann gleichzeitig, wie in Heft 21/22 des Plutus erläutert, das lästige Mitführen der vollständigen Scheckformulare bzw. eines Scheckheftes entbehrlich.

## Gedanken über den Geldmarkt.

Die grosse Finanzrede des Staatssekretärs Schiffer, die an anderer Stelle dieser Nummer vom Herausgeber eine eingehende Besprechung erfährt, hat auf die Börsen- und Bankenkreise erkennbar nicht eingewirkt. An der Börse ist die tiefe Mutlosigkeit und Zerkahrenheit dem Gefühl einer abwartenden Skepsis und teilweise einer weit beruhigteren Auffassung gewichen. Die stark gewichenen Kurse haben die Kontermine, die mit erheblichen Blankoabgaben engagiert war, zu Deckungskäufen veranlasst und man konnte darüber hinaus, „Meinungskäufe“ des Publikums und der Spekulation beobachten. Eine ganze Anzahl von Momenten hat zusammengewirkt, um die dichtesten und trübsten Nebel aus der Börsenatmosphäre zu verscheuchen. Die Massnahmen gegen die Notensamsterei haben sich in der letzten Zeit verschärft.

Die Reichsbank (über deren Handlungen im Kriege das schöne Motto: „Immer 5 Minuten zu spät“ prangen könnte) hat nun endlich den Anstoss dazu gegeben, dass die Besitzer von Safes bei den Banken sich über etwaige Aufspeicherungen von Zahlungsmitteln in ihren Schrankfächern äussern müssen, dass ihnen somit der Boden unter den Füßen etwas heiss gemacht wird. Die Folge

## Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:¹)

<p><b>Mittwoch,</b> 18. Dezember</p>	<p><i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Allgemeine Elektrizitäts-Ges., Rheinische Elektrizitäts-Akt.-Ges. Mannheim (früher Rheinische Schuckert-Ges.), H. Schomburg Söhne, Dortmunder Unionbrauerei, Malzbierbrauerei Groterjahn &amp; Co., Leipziger Bierbrauerei Riebeck-Reudnitz, Internationale Kohlenbergwerksgesellschaft St. Avold.</p>
<p><b>Donnerstag,</b> 19. Dezember</p>	<p>Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: Metallwerke Unterweser, Westfälische Drahtindustrie, Königsberger Presshefefabrik, Tempelhofer Feld-Akt.-Ges. für Grundstücksverwertung, Germania-Brauerei Dortmund, Weissbierbrauerei Bolle, Landkraftwerke Leipzig-Kulkwitz.</p>
<p><b>Freitag,</b> 20. Dezember</p>	<p>G.-V.: Bank für elektrische Unternehmungen Zürich, Elbschloss-Brauerei Nienstedten, Bürgerliches Brauhaus München, Brauerei Gebr. Hugger, Löwenbrauerei Berlin, Schlegel-Scharpenseel-Brauerei Bochum, Vereinsbrauerei Artern, Brauerei Gebr. Dieterich Düsseldorf, Dellarocca Chemische Fabriken, Rhenania Ver. Emailwerke, Viktoria-Werke Nürnberg, Helios Elektrizitäts-Akt.-Ges. in Liq. — Schluss der Umtauschfrist Aktien Gelsenkirchener Bankverein, Bezugsrechts Aktien Chemnitzer Aktienspinnerei.</p>
<p><b>Sonabend,</b> 21. Dezember</p>	<p>Bankausweis New York. — G.-V.: Deutsche Babcock &amp; Wilcox Dampfkesselwerke, Malmédie &amp; Co. Maschinentabrik, Gebr. Heyl &amp; Co. Akt.-Ges., Rositzer Zuckerrfabrik, Schwabenbräu Düsseldorf, Bergschlossbrauerei Berlin, Berliner Bierbrauerei Hülsebein, Höfel-Brauerei, Böhmisches Brauhaus Akt.-Ges. Berlin, Löwenbrauerei Peter Overbeck, Dortmunder Aktien-Brauerei, Brauerei Kunterstein, Magdeburger Mühlenwerke, Nudel- und Couleurfabrik.</p>
<p><b>Montag,</b> 23. Dezember</p>	<p>G.-V.: Metall-Gesellschaft Frankfurt, Düsseldorf Eisenhütten-Gesellschaft Ratingen, Held &amp; Franke Akt.-Ges., Fabrik isolierter Drähte vorm. C. J. Vogel, Lindener Aktienbrauerei Brande &amp; Meyer, Hessische und Herkulesbrauerei Cassel.</p>
<p><b>Dienstag,</b> 24. Dezember</p>	<p>Schluss des Bezugsrechts Aktien Stahlwerk Becker.</p>
<p><b>Mittwoch,</b> 25. Dezember</p>	<p>Weihnachtsfest. — Schluss des Bezugsrechts Schuhfabrik Herz Akt.-Ges.</p>

<p><b>Donnerstag,</b> 26. Dezember</p>	<p>Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Weihnachtsfest.</p>
<p><b>Freitag,</b> 27. Dezember</p>	<p><i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Neckarsulmer Fahrradwerke, Plauener Spinnfabrik, Grosse Casseler Strassenbahn.</p>
<p><b>Sonabend,</b> 28. Dezember</p>	<p>Bankausweis New York. — G.-V.: Barmer Creditanstalt, Bochumer Bergwerks-Akt.-Ges., Boden-Akt.-Ges. am Amtsgericht Pankow, Oldenburgische Eisenhütten-Ges., Spandau-West Akt.-Ges. für Grundstücksverwertung, Brauerei Pfefferberg, Patzenhofer Brauerei, Maschinenbau-Anstalt Kirchner &amp; Co., Duxer Kohlenverein, Riedinger Maschinen- und Bronzwarenfabrik, Carl Kaestner Akt.-Ges.</p>
<p><b>Montag,</b> 30. Dezember</p>	<p>G.-V.: Siemens Elektrische Betriebe, Akt.-Ges. für Elektrizitätsanlagen, Brasilianische Elektrizitäts-Ges. Berlin, Rositzer Braunkohlenwerke, Harburger Eisen- und Bronzwerke, Sächsische Waggonfabrik Werddau, Merksche Guano- und Phosphat-Werke Akt.-Ges. Hamburg, Metallwerke vormals J. Aders, Corona Fahrradwerke und Metallindustrie, Waggon-Fabrik Uerdingen, Dresdner Maschinenfabrik und Schiffs-Uebigau.</p>
<p><b>Dienstag,</b> 31. Dezember</p>	<p>G.-V.: Heinrich Geist Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft, Ver. Nord- und Süd-deutsche Spritwerke und Presshefefabrik Bast Akt.-Ges. — Schluss der Einreichungsfrist Aktien Bierbrauerei Marienthal, Einreichungsfrist Aktien Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke Glückauf.</p>
<p><b>Verlosungen:</b></p>	<p>20. Dezember: 100 Fr. Congo-Lose (1888), 3<sup>0</sup>/<sub>10</sub> Pariser 400 Fr. (1910). 22. Dezember: Crédit foncier de France 2<sup>1</sup>/<sub>8</sub>, 2<sup>9</sup>/<sub>10</sub> und 3<sup>0</sup>/<sub>10</sub> Pfandr. und Comm.-Obl. (1895, 1892, 1906, 1912). 26. Dezember: 2<sup>0</sup>/<sub>10</sub> Pariser I. Metr.-Eisenb. (1899). 31. Dezember: Braunschweiger 20 Tlr. (1868), San Marino 25 Lire (1908), Venediger 30 Lire (1869).</p>

davon ist nun, dass jetzt doch allmählich geborgengehaltene Zahlungsmittel in den Verkehr zurückströmen, und dass auch mit ihnen Anlagekäufe in Effekten gemacht werden, in deren Kursen Chancen nach oben erblickt werden. Eine gewisse Beruhigung zog die Börse ferner aus der Tatsache, dass die Banken, die an den Tagen starker Kursrückgänge interveriert hatten, später, als die rückläufige Bewegung zum Stillstand gekommen war und Kursbesserungen zustande kamen, nichts von den aufgenommenen Beständen abgaben. Von Bedeutung für die Stimmungsauffrischung waren sodann Erwägungen politischer und wirtschaftlicher Natur. Allgemein hat man die Empfindung, dass die hyperradikalen Elemente um Liebknecht in den letzten Tagen stark an Boden verloren haben, und dass auch die jetzt heimgekehrten Truppen, die nur den einen Willen zeigen: „aufbauen“ in Ruhe arbeiten“, eine gute Gewähr dafür abgeben, dass besonnenen Kreise die Oberhand behalten werden. So dämmert wenigstens die Hoffnung auf eine hereauf, Sanierung unserer innenpolitischen Verhältnisse. Die ehe alles zertrümmert und das Reich zerfällt, die im Volke immer stärker sich ausprägen, die allversammelnden beschleunigten Zusammentritt der

¹) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a., über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

kann dieser Auffassung einen Rückhalt geben. Wenn auch die Hoffnungen, die man einige Tage in der Burgstrasse auf den sofortigen Wiederzusammentritt des Reichstages setzte, nach der Natur der Sache sich als trügerisch erweisen mussten, so rechnet man doch nun damit, dass die Tagung des 16. Dezember eine Einberufung der Konstituante noch für den Januar bewirken wird. Die Börse glaubt, dass, wenn wir als verhandlungsfähig zum Friedenskongress zugelassen werden, wir mit unseren Forderungen auf Erhaltung unserer Lebensfähigkeit an Wilson eine gute Stütze haben werden und zieht hieraus neue Hoffnungen. In industrieller Hinsicht sah die Börse ebenfalls ein klein wenig zuversichtlicher. Wenn auch Stahl und Kohle fehlen und sich die Folgen der Unterbrechung des Verkehrs mit dem linksrheinischen Gebiet ausserordentlich störend bemerkbar machen, wenn ferner auch die sehr drückenden Schwierigkeiten im Verkehrswesen noch keineswegs irgendwie behoben worden sind, so sieht sie doch Ansätze zum Guten bei der Arbeiterschaft verschiedener Produktionszweige, die das Gesamtbild nicht mehr so trostlos erscheinen lassen, als noch vor 2 Wochen, wo die vielen wilden Streiks überall die Produktionsleistungen auf ein Minimum herabdrückten. Die Aufhebung der Höchstpreise für Stahl und Eisen, die für den Beginn des neuen Jahres angekündigt ist, wurde naturgemäss günstig beurteilt, weil sie die Unternehmungslust der Industrie anregen und so daran mitwirken wird, die herrschende Unlust und Depression abzuschwächen. Dass sie allerdings auf der andern Seite nur ein Glied in der Kette der Preiserhöhungen sein wird, die auf andere Produktions-Zweige arbeitsverteuernd und dass hier wie gegenwärtig in allen anderen Zweigen der Wirtschaft noch nicht abzusehen ist, wie wir jemals wieder auf ein normales Preisniveau kommen werden, wurde weniger bedacht.

In seiner vielbeachteten Rede hatte Schiffer auch darauf hingewiesen, dass das politische Chaos in Deutschland auf unseren Kredit im Ausland — wie nicht anders zu erwarten war — verhängnisvoll eingewirkt hat. Als Bestätigung dieser Ansicht kam schon wenige Tage später die Nachricht, dass die holländischen Banken, die mit Deutschland arbeiteten, Wechsel mit Unterschriften deutscher Grossbanken beanstandet, dass sie ihre Kredite in Deutschland gekündigt und die Guthaben aus laufender Rechnung zurückgezogen hätten. Ein Misstrauensvotum, das sich im Grunde nicht gegen die Banken richtet, deren Solvenz auch jetzt noch nirgends gelitten hat, sondern gegen die unruhigen Elemente in Deutschland, deren jeder Vernunft und jeder wirtschaftlichen und politischen Einsicht bares Handeln uns in Situationen bringen kann, die auch auf die stärkst fundierte und solideste Kreditorganisation verhängnisvoll zurückwirken müssen. Im Einklang mit dem holländischen Vorgehen gegen unsere Banken haben sich auch die valutarischen Verhältnisse weiter stark zu unseren Ungunsten entwickelt. In Holland ging zeitweilig die Berliner Devisen bis auf 26,25 herab, während die Pariser ca. 59,70 Gulden für 100 *M* beträgt. Die Mark wurde damit auf einen Wert von fast 44 Pfennigen herabgedrückt worden. Dieser Bewegung musste man naturgemäss in Berlin folgen und so sah sich die Reichsbank genötigt, binnen ganz kurzer Zeit die Amsterdamer Devisen von 300 auf ca. 364 heraufzusetzen. Auch in

Stockholm und mehr noch in Kopenhagen vollzog sich ein neuer scharfer Abstieg unserer Valuta, dem erst am Schluss der zweiten Dezemberwoche etwas gebremst wurde.

Der Status der Reichsbank und überhaupt ein Blick auf die Lage unserer Finanzen ist ja auch nicht gerade geeignet, im neutralen Ausland Meinungskäufe in deutscher Valuta zu veranlassen. Noch immer besteht das Witzwort zu Recht, das der bissige „Gottlieb“, des „Tag“ neulich prägte, dass im Deutschen Reiche gegenwärtig die Notendruckpresse die meiste „Pressfreiheit“ genießt. Der letzte vorliegende Ausweis vom 7. d. Mts. zeigte einen Gesamtnotenumlauf von rund 19,2 Milliarden *M*. Ausserdem sind über 9 Milliarden Darlehenskassenscheine im Umlauf, während 4,2 Milliarden sich im Portefeuille der Reichsbank befinden. Neben dieser Flut papierner Zahlungsmittel sind noch sehr beträchtliche und täglich wachsende Beträge von industriellem, kommunalem und ähnlichem Notgeld in den Verkehr gebracht worden, so dass man wohl den Umlauf an Zahlungsmitteln auf bedeutend mehr als 32 Milliarden *M* schätzen kann. Es ist ein recht fatales Gefühl, zu beobachten, wie in demselben Masse, in dem sich bei uns die Anspannung des Reichsbankstatus fortsetzt — auf einen Stand, der eine Metalldeckung von noch gerade 12% bedeutet — sich die Verhältnisse bei der Bank von Frankreich bessern, dessen ständig und wie es schien unaufhaltsam anschwellender Notenumlauf bei immer grösser werdender Verschuldung des Staates unserer Finanzkritik im Kriege eine der wenigen Quellen ungetrübter Freude abgab. Der Notenumlauf, der schon die 30 Milliarden überklüffert hatte und dessen obere Grenze man schon zuletzt weiter auf 32 Milliarden verrückt hatte, ist durch die in den letzten 3 Ausweisen zutage getretenen erheblichen Rückflüsse bereits wieder auf 28,7 Milliarden herabgedrückt worden. Gleichzeitig hat sich der Goldbestand dauernd weiter erhöht, so dass die reine Golddeckung durch Barvorräte (ohne den niemals ganz geklärten Posten „Gold im Ausland“) sich auf 12% berechnet. Entschliesst man sich zur Miteinbeziehung des im Ausland befindlichen Goldes, so kommt man zu einer Deckung von 20% in Gold. Das Wesentliche an der Veränderung des Status ist die aus den letzten beiden Ausweisen erkennbare Verringerung der Staatsschuld um 2 Milliarden. Hier zeigt sich bereits die Einwirkung des Erfolges der vierten französischen Kriegsanleihe, die ihre sämtlichen Vorgängerinnen an Erfolg übertroffen und — bei Hereinbringen von 19 Milliarden *Frcs.* frischen Goldes — ein Gesamtzeichnungsergebnis von 28 Milliarden *Frcs.* erbracht hat. Immerhin wird man sich trotz dieses Anleiheerfolges und trotz der für Frankreich nun so günstigen politischen Situation in Paris darüber klar sein, dass der Abbau der Staatsschuld bei der Bank, die immer noch 16½ Milliarden *Frcs.* beträgt, angesichts der durch den Krieg aufgelaufenen Verschuldung von ca. 131 bis 132 Millionen *Frcs.* nicht leicht zu bewerkstelligen sein wird.

Zwei Vorkommnisse von allgemeiner finanzpolitischer Bedeutung sind, anscheinend weil die deutsche Presse fast nirgends die Meldungen aus den ausländischen Blättern übernommen hatte, in hiesigen Finanzkreisen ziemlich unbeachtet geblieben: Die russische Regierung hat in Holland die Erklärung abgegeben, dass eine Annullierung der

Auslandsschulden bestimmt nicht beabsichtigt sei und dass der feste Wille (wenigstens ein Ersatz für die möglicherweise nicht mehr vorhandene Kraft) bestehe, alle ausländischen Zahlungsverpflichtungen strikt zu erfüllen. Eine Bekanntmachung, die zum mindesten ein starkes theoretisches, hoffentlich auch ein praktisches Interesse hat. Sodann hat man in Ungarn die verbindliche Erklärung abgegeben, seinen Anteil an der Gesamtschuld der alten Monarchie restlos auf sich nehmen zu wollen. Gleich nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie war an dieser Stelle die Frage aufgeworfen worden, ob die verschiedenen Teile, die zu selbständigen Staatsgebilden sich gestalten wollten, auch diesen bisher völkerrechtlich für selbstverständlich

geltenden Regeln nachkommen würden. Damals wurde die Frage vor allem im deutschen Gläubiger-Interesse gestellt. Heute interessiert uns diese Entwicklung leider bereits auch unter einem anderen Gesichtspunkt. Denn die Anerkennung der Pflichten auf Uebernahme von Staatsschuldenanteilen durch Ungarn, Tschechoslowaken und andere schaffe eine gewisse Präjudizierung, die uns zuzustatten kommen kann, wenn wir gegebenenfalls mit den Polen die aus der möglichen Abtretung deutsch-polnischer Gebiete sich ergebenden finanziellen Fragen zu besprechen haben. Auch in bezug auf Elsass-Lothringen wird sie vielleicht nicht ohne Einfluss bleiben.

Justus.

## Plutus-Archiv.

### Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

**Der ausländische Zahlungsverkehr in Holland vor, bei Ausbruch und während des Krieges von dessen Beginn bis Ende 1917.** Von Dr. G. J. Van der Heyden. Verlag von Wlth. Stratz jr. Clev 1918. Preis *M* 12.—.

Vorwort. — Einleitung. — Erster Teil: Der ausländische Zahlungsverkehr in den Niederlanden vor dem Kriege. — Die Grundlagen des ausländischen Zahlungsverkehrs. — Forderungs-, Zahlungs-Handelsbilanz und Diskont. — Die holländischen Banken und das Devisengeschäft. — Der Devisenhandel an der Amsterdamer Börse. — Die Schwankungen der Devisenkurse im Frieden. — Zweiter Teil: Der ausländische Zahlungsverkehr in Holland bei Ausbruch des Krieges. — Dritter Teil: Die äussere Form des ausländischen Zahlungsverkehrs im Kriege. — Allgemeine Ursachen und Folgen der Devisenkursgestaltung im Kriege. — Die Kursentwicklung der wichtigsten Devisen in Holland. — Anhang:

**Geld-, Bank- und Börsenwesen. Eine gemeinverständliche Darstellung.** Von Regierungsrat Prof. Dr. Georg Obst, Bankdirektor a. D. Leipzig 1918. Verlag von Karl Ernst Poeschel. Preis *M* 8.—.

Erster Teil: Geld- und Geldsurrogate. — Ursprung und Entwicklung des Geldes. — Funktionen des Geldes. — Das Münzsystem. — Die Währungsfrage. — Geldsurrogate. — Zweiter Teil: Skizze der geschichtlichen Entwicklung des Bankwesens. — Arten der Banken. — Passivgeschäfte der Banken. — Aktivgeschäfte der Banken. — Die indifferenten Geschäfte der Banken. — Staatsinstitute. — Organisation der grossen ausländischen Notenbanken. — Dritter Teil: Skizze der geschichtlichen Entwicklung der Börse. — Arten der Börse. — Organisation der Börse. — Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel. — Arten der an der Börse gehandelten Wertpapiere. — Der Börsenauftrag. — Die Kurse. — Arten der Börsengeschäfte. — Arbitragen. — Die wichtigsten ausländischen Börsen-Literaturübersichten.

**Nationaler Gegensatz und internationale Gemeinschaft, Rede bei Antritt des Rektorats der Handels-Hochschule, am 19. Oktober 1918.** Von Professor Dr. Hugo Preuss, Berlin 1918. Druck und Verlag von Georg Reimer. Preis *M* 1.—.

**Was ist strafbare Steuerhinterziehung? Eine Betrachtung über Steuerverfählungen und Steuerberatung.** Von Justizrat Dr. Noest, Solingen. Berlin C 1918. Industrieverlag Spaeth & Linde. Preis *M* 1.—.

**Der Kulturwert der Technik.** Von Dipl. Ing. Karl Weihe, Frankfurt a. M. Sonderabdruck aus Technik

und Wirtschaft, Monatsheft des Vereins deutscher Ingenieure. Preis *M* 1.—.

**Vorbereitung.** Vier Schriften. Von Hermann Kessler. Verlag Huber & Co., Frauenfeld und Leipzig. Preis *M* 5.— geb., *M* 6.— geh.

Der Journalismus und die politische Seele. — Der nächste Gipfel. — Die Stimme der Dichter. — Züge Ferdinand Hodlers. — Aphorismen.

**Lebensmittelhandel und Staatswirtschaft.** Ein offenes Wort gegen die herrschende Preispolitik. Von Dr. G. W. Schiele-Naumburg. Herausgegeben im Herbst 1917 von dem Verband der Handelsschutz- und Rabattsparvereine Deutschlands, Vertretung für Handel und Gewerbe E. V., Sitz Hannover.

**Die neuen Börsen-Gesellschafts-Geldumsatzsteuergesetze, nebst Aenderungen, Ergänzungen und Ausführungsbestimmungen.** Von Dr. jur. Ernst Eckstein. Industrieverlag Spaeth und Linde, Berlin. Preis geb. *M* 2.90.

Vorwort. — Einleitung. — Reichsstempelgesetz. — Auszug aus den Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz. — Muster. — Auszug aus dem Wechselstempelgesetz. — Auszug aus den Ausführungsbestimmungen zum Wechselstempelgesetz. — Sondervorarbeiten für die Kriegszeit. — Abkürzungen und Literatur. — Register.

**Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre.** Von O. Spann. Zweite Auflage. Verlag Wissenschaft und Bildung. Preis *M* 1.25, gebunden *M* 1.50.

Schriftwerke. — Zur Einführung. — Der Merkantilismus. — Das Naturrecht und der Uebergang zum physiokratischen System. — Das physickratische System. — Das Arbeits- oder Industriesystem (Adam Smith). — Die Weiterbildung der individualistischen Nationalökonomie. (Malthus und Ricardo). — Die deutsche Volkswirtschaftslehre. — Die amerikanische Verjüngung der Manchesterlehre. — Kurzer Bescheid über die Entwicklung des Sozialismus. — Der gegenwärtige Zustand der Volkswirtschaftslehre. — Namenverzeichnis.

**Die Lebensversicherung als agrarpolitisch-veranschuldungsmittel.** Von Dr. O. Karstädt. Preis 3.80. Verlag von Gustav Fischer, Jena. 1918. Preis 3.80. A. Darstellung: 1. Entwicklungsgeschichte 1906. — zips bis zur Ostpreussischen Entschuldung der ost- 2. Die Stellung der Lebensversicherung gegenwärtiger preussischen Entschuldungsvorlage. — 3. Die Sicherung über- Stand. B. Kritik: 1. Ist die Lebe

haupt ein spezifisches Entschuldungsmittel? 2. Welche Versicherungsformen kommen als Entschuldungsmittel in Betracht. 3. Welche Einschränkungen sich bei der Anwendung des Versicherungsprinzips als Entschuldungsmittel ergeben. C. Zusammenfassung positiver Vorschläge, Zukunftsmöglichkeiten. — Literaturverzeichnis.

**Die landwirtschaftliche Produktion Russlands und der deutsche Markt.** Berechnet, gezeichnet und erläutert von S. Zuckermann. Verlag Russischer Kurier, Berlin NW. 52. 1917. Preis *M* 18.—

**Das Kriegswucherstrafrecht und seine Bedeutung für den Handel.** Von Dr. Neukamp. Halle a. S. Verlagsbuchhandlung von Carl Marhold. 1918. Preis *M* 3.

**Gedanken über die Feuerbestattung.** Von Dr. Otto Kaysser. Reichsverlag Herrmann Kalkhoff Berlin-Zehlendorf-West. Preis *M* 1.

**Irrungen und Wirrungen.** Schlaglichter auf den Zusammenbruch unserer Aussenpolitik von H. Müller-Brandenburg. Verlagsanstalt Politik, Berlin W. 57, Bülowstrasse 56. Preis *M* 1.80.

**Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis.** 1918/19. Oktober-Dezember Heft 7/9. Leipzig. Verlag Carl Ernst Poeschel. Preis vierteljährlich *M* 4.

Klagen auf Unterlassung vertragswidriger Dienstpflichten. — Ueber staatliche Preispolitik in der Kriegswirtschaft. — Die Arbitragegeschäfte im Bankverkehr. — Beiträge zum Ausbau der doppelten Buchführung. — Zur Psychologie der Wortmarkenreklame. — Beiträge zur Theorie der Buchhaltung. — Vom Recht auf Arbeit. — Schulden und Reinvermögen in der Bilanz. — Kalkulationen für den Handel und das Kriegsrisiko. — Das Umsatzsteuergesetz. — Das Materialienrechnungsbüro und die Bestandsrechnung. — Kriegsnotde der Kaffeeeröstindustrie. — Rechtsfragen des Tages. — Verschiedenes.

**Industrielle Verwaltungstechnik.** Ein Leitfadens für die Verwaltung moderner industrieller Unternehmungen von Albert Baum, Ingenieur. Frankfurt a. M.-West. Akademisch-Technischer Verlag. Johann Hammel 1918.

Die Entwicklung der Industrien. — Allgemeine Beurteilung der Verwaltungstechnik. — Die praktischen Ziele der Verwaltungstechnik. — Die Leitung, ihre Form, Kompetenzen und ihre Besetzung. — Der Einfluss des Verkaufspreises auf die Fabrikation. — Die Kontrollmittel und die Verkaufspreise. — Die Betriebsleitung. — Die Aufgaben der industriellen Verwaltungstechnik. — Die Leitung des Unternehmens. — Der technische Vorstand. — Der Werkstätten-Vorstand. — Der verkaufstechnische Direktor. — Allgemeine Gliederung. — Das Lohnwesen. — Die Kalkulation. — Das Materialwesen. — Der Verkauf. — Die Absatztechnik. — Die Propaganda. — Schlusswort.

**Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung.** Herausgegeben von E. Schmalenbach, Professor der Handelstechnik an der Handelshochschule in Köln. Preis *M* 6 vierteljährlich. Prämienlöhne. — Literatur.

**Vor der Waffenruhe.** Eine Kritik der reinen Vernunft von Dr. Charles L. Hartmann. Basel 1917. Druck und Verlag der National-Zeitung. Preis 40 Cents.

Die Dilettanten des Friedensschlusses. — Der Krieg eine Machtfrage. — Das Ende der Nationalkriege. — Die Möglichkeiten des Friedensschlusses. — Die soziale Reorganisation. — Vor der Waffenruhe.

**Die Hygiene als Staatsmonopol.** Eine Kritik und ein System als Grundlage für die Verstaatlichung des Tierärzte-, Zahnärzte-, Apotheker- und Nahrungsmittelchemikerberufes. Von Robert Landvogt. München. In Kommissionsverlag bei G. Birk & Co. m. b. H. Preis *M* 1,20.

Hygien. — Die heutige hygienische Fürsorge. — Einwände gegen die Verstaatlichung der hygienischen Berufe und Einrichtungen. — Die Vorteile der Verstaatlichung der Hygiene gegenüber den bestehenden Einrichtungen. — Die Hygiene als Staatsmonopol.

**Europa vor der Verarmung.** Beiträge zur Oekonomie des Weltkrieges. Von Martin Koch. Leipzig-Schleussig 1917. Richard Kühn, Buchverlag. Preis *M* 0,80.

Trügerischer Glanz. — Die wirklichen Einbußen der Volkswirtschaft. — Wenn heute der Friede käme.

**Die volkswirtschaftlichen Seminare an den Hochschulen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.** Berichte über ihre Tätigkeit. Gesammelt von Dr. Emil Lederer. I. Sommer-Semester 1916. Tübingen 1917. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Preis geheftet *M* 3,—.

Deutsches Reich: Universität Berlin. Anfängerübungen über Geld und Kredit. Leitung Prof. Dr. J. Jastrow. — Universität Breslau. Staatswissenschaftlich-Statistisches Seminar. Leitung Prof. Dr. Adolf Weber. — Universität Freiburg im Breisgau. Seminar für Vorgerückte über Geld, Preis und Einkommen. Leitung Professor Dr. Liefmann. — Universität Göttingen. Staats- und Versicherungswissenschaftliches Seminar. Leitung Professor Dr. Karl Oldenberg. — Universität Heidelberg. Volkswirtschaftliche Übungen über Handelspolitik. Leitung Privatdozent Dr. Emil Lederer. Seminar für Vorgerückte über Ricardos Principles. Leitung Privatdozent Dr. Emil Lederer. — Universität München. Seminar für Statistik und Versicherungswissenschaft. Leitung Professor Dr. Gg. v. Mayr, Ministerialrat Prof. Dr. Zahn, Privatdozent Dr. Fr. Böhm. — Handelshochschule Mannheim. Volkswirtschaftliches Seminar. Leitung Geheimrat Prof. Dr. Eberhard Gothein, Prof. Dr. S. P. Altmann.

Oesterreich-Ungarn: Universität Budapest. Volkswirtschaftliche Übungen. Leitung Dr. Béla Földes. — Universität Graz. Volkswirtschaftliches Seminar. Leitung Professor Dr. Joseph Schumpeter. — Universität Wien. Volkswirtschaftliche Übungen über Krieg und Wirtschaftspolitik. Leitung Prof. Dr. Karl Pribram. Finanzwissenschaftliches (staatswissenschaftliches) Konservatorium (verbunden mit Repetitorium). Leitung Privatdozent Dr. E. H. Vogel.

**Handbuch des Englischen Privatrechtes.** Von Dr. Sigmund Karplus. Leipzig 1917. Verlag von Theodor Weicher. Preis

Billigkeit. — Die wichtigsten Normen des gemeinen Rechtes. — Personenrecht. — Sachenrecht. — Obligationenrecht. — Familienrecht. — Erbrecht.

**Wie das republikanische Frankreich aus dem Krieg 1870/71 herauskam.** Waffenstillstand. — Konstituante — Friede. Nach französischen Quellen bearbeitet von Henri Martinet. Nebst einem Anhang. Die Presse der Grossmächte in den Jahren 1870-71 über den damaligen Krieg und die Einverleibung Elsass-Lothringens. Zürich — Berlin — Kopenhagen 1917. Verlag La Paix. Preis *M* 1,50.

Die Politik der provisorischen Regierung. — Sturz des bonapartistischen Kaisertums. — Die französische Republik setzt die Kriegspolitik des Kaisertums gegen Deutschland fort. — Die französische Republik sucht den deutsch-französischen Krieg zu einem europäischen zu machen und durch Erlangung eines Waffenstillstandes Zeit zu gewinnen. — Bismarcks Bedingungen für einen sicheren und dauernden Frieden zwischen Deutschland und Frankreich. — Bismarck bereit zu verhandeln. — Die Besprechung in Ferrières. — Misserfolg Thiers an den europäischen Höfen. — Weitere Bemühungen Bismarcks um das Zustandekommen eines Waffenstillstandes. — Weitere diplomatische Bemühungen Frankreichs, die Grossmächte zu einer Intervention zu veranlassen. — Waffenstillstandsverhandlungen in Versailles. — Die Londoner Konferenz. — Gambettas Widerstand gegen den Waffenstillstand und den kommenden Frieden. — Die Wahlen, die Nationalversammlung. — Die Friedenspräliminarien zu Versailles. — Die Verhandlungen in Brüssel. — Abschluss des definitiven Friedens in Frankfurt.

**Die Hypothekenbanken.** Von Dr. Fritz Schulte, Archivar der Bayerischen Handelsbank München. 154. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik,

